

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

bei diese
wissen
über
Ändige
er auße
hat zuch
ne Sub
geacht
as rich
und jete
n. Sie
mus ang
me weri

Demetri
14,50 M
Seite au
vorgegan
ngen nch
den geleit
on gegeb
Binde m
shes Am
estatten u
a. Für v
L.

///

ontag, den
17 April
10 3/4 Uhr
eine Vor

Billets
Stener.

schellungen
Der 88
n'ume.

icht, Leipzig
eter
66 Jahre alt
r, Lichtens
arbeiter
66 Jahre alt
a, Lichtens
eiman
67 Jahre alt
H, Rowaves
arbeiter
64 Jahre alt
rey, Harberg
Bauer
70 Jahre alt
e, Harberg
ant'er
84 Jahre alt
ine, Rathenow
erbd. d. d. d. d.
49 Jahre alt
sch, Schönbere
erbd. d. d. d. d.
65 Jahre alt
an, Sommerfeld
reiarbeiter
63 Jahre alt
ine, Stettin
reifeb'er
61 Jahre alt
ine, Sargant
Werber
64 Jahre alt
schmidt, Copel
utbearbeiter
68 Jahre alt
Ma, Memmel
arbeiter
61 Jahre alt
the, Weiden
arbeiter
61 Jahre alt
Wernigerode, B
darber
61 Jahre alt
Zuffenhan
arbeiter
67 Jahre alt

auswärtiger Etl.



Ostergedanken.



Das Osterfest fällt diesmal ungewöhnlich früh. Dafür hat sich aber Allmutter Natur bereits in das allerhöchste Frühlingsgewand gehüllt, so daß die Pessimisten — und die sind heute leider in der Mehrzahl — schon wieder die ärgsten Befürchtungen haben über den weiterwendigen April, der alles zunichte machen kann. Aber man sollte doch nicht nur die Feste feiern, wie sie fallen, sondern auch dem Himmel dankbar sein, wenn er so frühzeitig ein freundlich Gesicht macht. Es geht ohnehin schlimm genug her auf diesem Planeten, als daß man zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schmerzen auch noch unbedingt ums Wetter sorgen müßte.

Ob wir an die „Sanktionen“ denken, deren richtige Uebersetzung „Gewaltmaßnahmen“ heißt, oder an die wirtschaftspolitische Frage der weiteren Zugehörigkeit Oberschlesiens, die heute entschieden worden ist, ob wir an die soziale Not der arbeitenden Klassen Deutschlands wie anderer Länder denken, oder an die furchtbare Arbeitslosigkeit — überall gähnt uns eine trübselige Gegenwart an, die eine frohe Osterstimmung nicht recht aufkommen läßt.

Gewiß, vor fast 2000 Jahren vermochte auch der Tod des größten Menschensohnes Jesus nicht die Gläubigen zu hindern, weiter seine Lehre zu verbreiten und die Ostern als das Fest der Auferstehung zu feiern. Wir feiern diese Frühlingsauferstehungszeit aber auch ebenso gut im Sinne Goethes:

Aus dem hohlen finstern Tor
Dringt ein buntes Gewimmel hervor.
Jeder sonnt sich heute gern;
Sie feiern die Auferstehung des Herrn:
Denn sie sind selber auferstanden,
Aus niedriger Häuser dymphen Gemächern.

Aus Handwerks- und Gewerbes-Banden,
Aus dem Druß von Steinen und
Töchtern,
Aus der Straßen quetschender Engt,
Aus der Kirchen ehrwürd'ger Nacht,
Zind sie alle an's Licht gebracht.

Andererseits fehlt unserer Zeit die ruhige Besinnlichkeit des vorigen Jahrhunderts, da Goethe dieses Bild in Thüringens wunderlichem Weimar sah. Heute stürmt wohl die Jugend auf die frohe Wanderschaft, die Familie wagt sich nicht mehr allzu weit heraus, da äußere und innere Hemmnisse allzu groß sind. Und doch fallen wir uns wieder aufpassen und all das ungeliebte Bergangehensdenken da draußen von uns abfallen lassen. Mancher Großstädter muß wieder einmal mit Mutter Natur in Berührung kommen und auslüften, seelisch und körperlich! Wir müssen wieder eine reinere Atmosphäre um uns schaffen, sonst kommen wir nie und nimmer dem Grundgedanken des Christentums wie des Sozialismus nahe: Der allgemeine Menschenliebe.

Nach stehen die Arbeitsbrüder in wüstem Kampf in der politischen Arena, anstatt daß einer den anderen bei der Hand nimmt und ihm hilft, in dieser entsetzlichen Wirnis zurechtzufinden.

Unseren Gegnern im kapitalistischen Lager ist freilich die innere Zerrissenheit der Arbeiterklasse das schönste Osterfest! Sie können trotz der schweren Zeiten ihre Dividenden erhöhen und sie bringen trotz all der sozialen und wirtschaftlichen Not der breitesten Massen den zweifelhaftesten Mut auf, über die Begehrlichkeit der Arbeitenden zu zern. Gemach, Ihr Herren, die Gesundung der Arbeiter in politischer Beziehung wird sich trotz alledem bald zeigen, die Spaltungsfrankheiten werden überwunden werden und dann — werden wir Ostern feiern, die Schaffenden, die in allen Ländern jetzt noch gehemmt sind durch weiterwendige Winterzeiten des Elends und der Not. . . .

In den Frühlingsfesten der verschiedensten Zeiten und Völker finden sich die innigsten Berührungspunkte. Begrüßten unsere heidnischen Altvordern in der Göttin Ostara festlich das neuwachsende Leben der Natur, die Befreiung von winterlichen Nöten und Fesseln, so überlebte die christliche Religion den Auferstehungsgedanken ins Menschlich-Geistliche, und im jüdischen Passah lebt die Erinnerung an die Befreiung von tyrannischer Herrschaft, an den Auszug der Kinder Israels aus Ägypten. Dieser Auszug war die Folge eines tiefen sozialen Konflikts, und es ist gerade in unseren Tagen höchst interessant, wieder einmal an die alte Geschichte zu erinnern, wie den Unterdrückten die Galle überließ, wie sie sich zu befreien und für jahrhundertelange Fron zu entschädigen wußten. Dabei ergibt sich eine traurige Perspektive auf die Einwände unserer Gegner, wonach der Sozialismus sich nur unter starken Rechtsbrüchen verwirklichen lasse, da er auf eine Enteignung der Bestehenden hinauslaufe.

Lassen wir zunächst das Alte Testament reden. Es berichtet, daß, als Pharao seine Herrschaft in Ägypten angetreten hatte, er

mit großer Besorgnis die Vermehrung der landfremden Juden betrachtete. „Wohlan, wir wollen sie mit List dämpfen, daß ihrer nicht so viel werden.“ Und man setzte Fronwöge über sie, die mit schweren Diensten drücken mußten. Als das nicht half, befahl Pharao den „Wehemütern“, alle männlichen Kinder der Hebräer bei der Geburt umzubringen. Die Hebammen sabotierten den Befehl. Und so ordnete Pharao schließlich an, daß alle männlichen Kinder des jüdischen Volkes ins Wasser zu werfen seien.

Eins flüchte die Tochter Pharaos aus dem Strome und ließ es aufziehen. Das war Moses. Als er erwachsen war, empörte ihn das Elend seiner Stammesgenossen, und er verband sich mit Aaron, das Volk zu befreien. Zu ihnen sprach Pharao: „Du, Mose und Aaron, warum wolt ihr das Volk von seiner Arbeit frei machen? Gehet hin an eure Diener.“ Und er befahl von neuem: „Man drücke die Leute mit Arbeit, daß sie zu schaffen haben und sich nicht kehren an falsche Rede.“ Die Bedrückung ward stärker, die Empörung wuchs. Klage um Klage hallte zum Himmel, der endlich auch eingriff und fürchterlich Plagen über das ganze Land schickte, um den König milder zu stimmen. Der trockte, bis der Herr alle Erstgeburten von Menschen und Vieh in Ägypten vernichtete. Da entschloß sich Pharao, die Kinder Israels ziehen zu lassen. Diese aber hatten sich auf den Rat Moses viel goldene und silberne Gefäße von den Ägyptern geborgt, und mit diesen entliehenen Schätzen machten sie sich fort aus dem Lande, in dem sie Jahrhunderte in tiefer Knechtschaft zugebracht. Von Pharao schließlich wieder verfolgt, durchschritten sie das rote Meer, in dem der König mit samt seinem Heere den Untergang fand. Die getriebenen Hebräer brachten sich und ihre Schätze in Sicherheit und gelangten nach der Wanderung durch die Wüste in das gelobte Land. . . . Somit endet das Alte Testament. Nach einem Kundigen findet sich im Talmud, dem Sängerbuche der Juden, noch eine interessante Fortsetzung. Dort heißt es, daß, als nach vielen hundert Jahren Alexander der Große die Welt erobert hatte, sich die Nachkommen der Ägypter jener entliehenen Schätze erinnerten und sie mittels Klage beim Kaiser von den Nachkommen der ausgewanderten Juden zurückerlangten. Eventuell müßte ihnen der Wert ersetzt werden.

Alexander schickte die Klage nach Jerusalem, und es gab dort eine große Bestürzung unter den Priestern, Weisen und Schriftgelehrten. Denn die Tatsache der „Entliehung“ konnte nicht bestritten werden. Sie konnten zu keinem Entschluß kommen, bis ein kleiner Bäckiger namens Gila sich erbot, die Sache bei Alexander in Ordnung zu bringen — und zwar, wenn es schief gehen sollte, auf seine eigene Gefahr hin. Man stimmte dem Anerbieten zu, und Gila reiste zum großen Alexander. In der Verhandlung fragte er zunächst, welche Beweise die Ägypter für ihre Behauptung hätten. Da beriefen sich die Kläger auf die Bücher Moses.

„So erkennt ihr also das Alte Testament als Autorität und alles, was darin steht, als unzweifelhaft richtig an?“ „Jedes Wort ist ewige Wahrheit!“ versicherten die Kläger. „Nun denn,“ sagte Gila, „so laßt uns weiter darin forschen.“

Und nun bewies der schlaue Vertreter der Juden aus dem Testamente, wie die Hebräer auf Einladung Josephs und des Pharaone als freie Männer ins Land gekommen seien, wie sie dort in Knechtschaft gebracht und gezwungen worden waren, schwere Sklavendienste zu verrichten. Vierhundert und dreißig Jahre hatten sie in der Gefangenschaft geschmachtet, sich stetig vermehrt und stetig gearbeitet. Für alle ihre Arbeit aber erhielten sie niemals Lohn, sondern nur eine jämmerliche Existenz. Als sie auszogen, waren allein 600 000 weisensfähige Männer, also ohne Frauen und Kinder, vorhanden. Danach möge man schätzen, welche Unsumme von Arbeit in 430 Jahren der Sklaverei von ihnen geleistet worden sei und wie hoch der Betrag des ihnen schuldig gebliebenen Lohnes sein müßte. Rechnet man diese kolossale Summe gegen den Wert der silbernen und goldenen Gefäße auf, so werde sich mit Klarheit ergeben, daß die Ägypter noch reichliche Lohnsummen herauszuzahlen haben würden. Dieser Argumentation gegenüber verloren die Kläger die Sprache. Sie zogen sich verbüßt zurück, und Alexander entschied zugunsten der Juden. . . .

Allerdings wollen unsere Kapitalisten von solcher Gegenrechnung nichts wissen. Sie glauben noch immer an ihre „Unentbehrlichkeit“ und Wichtigkeit. Da werden wir also zu stärkeren Mitteln greifen müssen. Es muß dabei nicht gleich an das ganz rechts und ganz links gleichbeliebte Wort „Gewalt“ gedacht werden! Wir haben am 18. März 1920 auch ohne das Größte vollbracht, was kaum möglich schien, die Abwehr der Rapp-Bußkisten und Erhaltung unserer Verfassung. Sobald wir alle in einer Reihe stehen — wir arbeitenden — werden wir auch die damaligen Forderungen der freien Gewerkschaften durchsetzen. Das ist unser Osterpunsch und Osterglaube.

Das deutsche Bauprogramm 1921-1924.

(Ein Vorschlag zur Beseitigung der Wohnungsnot und Behebung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.)

Im Industriebeamtenverlag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten ist eine Schrift erschienen, die Anspruch auf weitgehende Beachtung erheben darf. Der Verfasser, Architekt Heinrich Kaufmann, Mitglied der Sozialfürsorgungskommission, entwickelt, unterstützt durch tätige Mitarbeit des in der Großbetriebspraxis stehenden Ingenieurs Karl Fiebig-Dresden, einen großzügigen Plan zur Beschaffung der heute fehlenden Wohnungen. Kaufmann berechnet, daß uns gegenwärtig infolge des Ausfalls der Bautätigkeit während der letzten 7 Jahre 840 000 Wohnungen fehlen. Da mit einem jährlichen Zuwachs von mindestens 180 000 auch in Zukunft gerechnet werden muß, sind in den nächsten 4 Jahren rund 1 1/2 Millionen neue Wohnungen zu erbauen. Während dieser vierjährigen Bauperiode sollen jährlich 370 000 Mietwohnungen, bestehend aus 2 bis 3 Zimmern in Altmietungen, die neben der bekannten Möbelstellung auch noch genügend Bewegungsfreiheit für die Bewohner übrig lassen, sowie mit Bad, Abort und entsprechendem Nebengeläch errichtet werden. Dabei ist in Aussicht zu nehmen, daß an den fertig ausgebauten Straßen der Groß- und Mittelstädte das sechs- bis höchstens achtstimmige Haus in offener Bauweise, sonst aber im allgemeinen der Flachbau (Einfamilien- und Reihenhäuser in Gärten) zur Anwendung kommen. Der Weg erscheint uns gangbarer als das bisherige System der Baukostenzuschüsse, durch welches Reich, Länder und Gemeinden in den letzten beiden Jahren gewaltige Summen für die Allgemeinheit verbraucht haben. Wie jüngst noch im Reichstage durch den Vertreter der Reichsregierung festgestellt wurde, sind bisher insgesamt fast 2 Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln für „verlorene Zuschüsse“ zu den Baukosten von Mietwohnungen von Sieblungshäusern gegeben worden. Diese gewaltigen Summen gleichen aber in ihrer Wirkung gegenüber der großen Wohnungsnot dem Tropfen Wasser auf den heißen Stein. Insgesamt konnten damit bisher in Preußen 21 000 Mietwohnungen, die nur vorübergehend zur Unterbringung von Rentnern dienen dürfen, wenn nicht die Volksgesundheit schweren Schaden leiden soll, und 53 000 Dauerwohnungen mit Zuschuß versehen werden. 40 000 Dauerwohnungen und etwa 20 000 Siebelswohnungen sind, wie die „Soziale Bauwirtschaft“, Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, berichtet, fertiggestellt; der Rest dürfte bis Ende April vollendet sein. Diesem geringen Ergebnis steht die harte Tatsache gegenüber, daß nach den Feststellungen des preussischen Wohnungsausschusses heute immer noch über eine Million Familien ohne geeignetes Obdach sind.

Im Ruhrrevier, wo es vor allem darauf ankommt, Wohnungen für Bergleute zu schaffen, um dort die Belegschaften der Zechen so zu vermehren, daß die gewaltig erhöhten Anforderungen an die Kohlenförderung erfüllt werden können, hat das System der Baukostenzuschüsse ebenfalls radikal Schiffbruch erlitten. Man lese nur das Gutachten des bergbautechnischen Ausschusses über die Wohnungsfrage im Ruhrkohlengebiet, welches zu der betrübenden Feststellung kommt, daß die Ausschüßten, mit den heutigen Mitteln den Wohnungsbau zu beschleunigen und dadurch die Steigerung der Kohlenförderung zu erleichtern, ganz wertlos sind. Bekanntlich wurde der Kohlenpreis im Vorjahre um 100 Mk. pro Tonne erhöht, die ausschließlich für den Wohnungsbau in den Bergbaubetrieben verwendet werden sollten. Das genannte Gutachten sagt darüber: „Bei einer durchschnittlichen Monatsförderung von etwa 7 Millionen Tonnen im Ruhrrevier hätte man nach Abzug des Selbstverbrauchs der Zechen mit einer Erbauung von etwa 13 000 Wohnungen rechnen dürfen.“ Statt dessen konnten überhaupt nur für 5600 Wohnungen Mittel bewilligt werden. Davon sind nach den Mitteilungen des Ministerialrats Dr. Glag im Wohnungsausschuß des Reichstages 1150 fertiggestellt, 3898 im Bau und 50 noch gar nicht begonnen. Daneben wurden aus Mitteln der Zechen selbst noch 3765 Wohnungen gebaut, die teilweise bereits bezogen sind bzw. bis 1. April bezugsfertig werden. Alles in allem konnten aus dem Kohlenfonds bisher im ganzen Reich nur 11 797 Bergmannswohnungen errichtet werden. Dieses magere Ergebnis bedeutet den Bankrott des bisherigen Bauprogramms, hervorgerufen durch die geradezu wahnsinnige Steigerung der Baukosten. Man rechnete 1920 noch im Ruhrgebiet mit etwa 30 000 bis 36 000 Mark Baukosten für ein 70 Quadratmeter Grundfläche bedeckendes Einfamilienhaus. Die Baustoffschieber und Spekulanten in der Bauindustrie sowie die nicht weniger profitlustigen privaten Unternehmer des Baugewerbes haben diese Berechnungen indessen völlig zugunsten verlassen. Heute ist eine solche Wohnung im westlichen Industriegebiet nicht mehr unter 100 000 Mk. zu errichten.

Diese Entwertung der Baustoffpreise treibt zum Zusammenbruch. Sie hat, so sagt das vorerwähnte Gutachten des bergbautechnischen Ausschusses:

„die Siedlungstätigkeit im Ruhrgebiet in einer so nachhaltigen Weise unterbunden, daß sie zu einer Gefahr für die Entwicklung der Kohlenwirtschaft wird, die von der Unterbringung einer ausreichenden Arbeiterzahl abhängig ist. Sie hat ferner ganz unverkennbar die Bautätigkeit der Zechen aus ihren eigenen Mitteln in unheimlicher Weise beeinträchtigt. Man kann daher ohne weiteres mit einem Ausfall von mindestens 15 000 Wohnungen rechnen, die ohne diese nachteilige Entwicklung der Baustoffpreise aus öffentlichen und privaten Mitteln im Jahre 1920 gebaut worden wären.“

Was hier über die Verhältnisse im Ruhrgebiet gesagt wird, das gilt ganz allgemein. Das System der Baukostenzuschüsse hat überall versagt!

Auch die Bauunternehmer haben es verstanden und verstehen es noch heute, die Bauauftraggeber kräftig zu schröpfen. Hierfür zum Beweis eine kleine Tabelle, deren Zahlen zum Teil einer Broschüre von H. Ellinger, zum Teil Nr. 3 der „Sozialen Bauwirtschaft“ entnommen sind.

Es forderten:

Ort	Gegenstand der Ausschreibung	Der billigste Preis untern.		Weniger in	
		Mk.	RM.	Mk.	Brop.
Krefeld ..	Straßenbauarbeiten	487 000	287 000	250 000	51
Bonn ...	Tiefbauarbeiten	500 000	208 000	294 000	148
Pforzheim.	Tischlerarbeiten f. Hädt. Sieblungshäuser	240 000	180 000	80 000	50
Weimar ..	Zimmerarbeiten	58 400	30 042	28 358	94
„	Maurerarbeiten	115 847	65 378	50 568	74
„	Deckbederarbeiten	10 598	4 780	5 818	122
Landsberg a. Warthe	Erdb., Maurer- und Zimmerarbeiten	511 524	372 946	188 578	87

Diese Tabelle könnte noch wesentlich verlängert werden. Es genügen aber schon die wenigen Beispiele, um zu zeigen, wie heute die Allgemeinheit — hier handelt es sich fast immer um kommunale Arbeiten — ausgeplündert wird. Dabei muß hinzugefügt werden, daß die sozialen Baubetriebe, die im gemeinnütigen Zusammenwirken der Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes der Sozialisierung vorarbeiten, aber erst kurze Zeit in Wirksamkeit sind und im allgemeinen noch mit größeren Unkosten arbeiten müssen wie die gerissenen Bauunternehmer, mit ihren um so vieles billigeren Preisen noch recht gut ausgekommen sind. Zum Teil haben sie damit immer noch erhebliche Ueberschüsse erzielt.

Man sieht also, daß die Senkung der Baupreise und damit die Verbilligung des Bauens sehr wohl möglich ist, wenn das Unternehmertum im Baugewerbe auf unbedingte Uebergewinne verzichtet würde. Auch in der Baustoffindustrie (Zementwerke, Fliegelselen, Sägewerke usw.) können die Produktionskosten auf die Hälfte und noch mehr herabgedrückt werden, wenn eine bessere Organisation der Betriebe diese bis zur Grenze ihrer technischen Leistungsfähigkeit ausnützen läßt, wie in der Broschüre durch eingehende Berechnungen nachgewiesen wird. Die Backsteine z. B., die heute 350 bis 400 Mark das Tausend kosten, sind demnach sehr gut für 160 bis 180 Mark herzustellen.

Die großkapitalistisch arbeitenden und gut organisierten Baustoffherzeuger sind aber ebensowenig wie die privaten Bauunternehmer für eine freiwillige Herabsetzung der Baupreise zu haben. Sie wollen im Gegenteil die bestehenden Beschränkungen wie Höchstmietenvorordnung aufheben und wünschen Wohnungs- und Mietereinigungsamt zum Teufel. Sie fordern die „freie Bautätigkeit“ mit Wohnungsmieten, die das Bauen auch wieder für den Privatmann „rentierlich“ machen, also um das 13- bis 14fache höhere Wohnungsmieten wie heute. Selbstverständlich ist, daß auch die Besitzer der alten Häuser nicht zurückstehen und das Recht der unbegrenzten Mietsteigerung fordern.

So kommen wir aber nicht in der Bauwirtschaft weiter. Deshalb muß an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft im Baugewerbe, die zum Zusammenbruch führt, die Gemeinwirtschaft treten. Kaufmann will den Weg weisen, der zu diesem Ziele führt und die für das Gelingen des deutschen Volkes verantwortlichen Stellen an die Pflicht erinnern, der bisherigen ungefunten Entwicklung Einhalt zu gebieten. Dabei spielen die Finanzierung und die Organisation der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit die größte Rolle.

Unser Mitgliederstand am 1. März 1921.

Der diesmalige Monatsbericht über unseren Mitgliederstand zu Beginn des laufenden Monats weist eine kleine Senkung unserer Mitgliederzahl auf. Gegenüber dem Vormonat (1. Februar 1921) beträgt die Abnahme unserer Mitglieder 1337 oder rund 0,5 Prozent. An der Abnahme sind 20 Gauen beteiligt, 12 Gauen weisen Zunahmeziffern auf. Abnahme- wie Zunahmeziffern bewegen sich in mäßigen Grenzen. Rein örtliche Verhältnisse, wie Betriebsbeschränkungen, Betriebsumstellungen usw., wie wir solche in vorausgegangenen Berichten aus einzelnen Filialen berichtet haben, bestimmen den Mitgliederstand in den Filialen.

Bemerkenswert ist die Zunahme unserer weiblichen Mitglieder. Diese Mitgliederziffer stieg gegen den Vormonat um 247, also von 61 076 am 1. Februar auf 61 323 Mitglieder am 1. März. Das letztemal berichteten wir über einen seit Oktober anhaltenden Rückgang der weiblichen Mitglieder. Der Rückgang scheint überwunden zu sein.

Die Arbeitslosenzahl hat eine weitere Steigerung erfahren. Sie ist um 665 arbeitslose Kollegen vermehrt worden. Am 1. Februar zählten wir 6778 und zählten diesmal 7443. Die Vermehrung dieser Elendsziffern um weitere 9,8 Prozent bedeutet nicht nur für die davon Betroffenen schwere wirtschaftliche Schädigung, sondern auch weitere Steigerung des allgemeinen Elends, der allgemeinen Not unseres Landes, weitere Schwächung unserer ungeliebten Volkswirtschaft.

Von 819 Filialen am 1. Februar sind wir auf 830 gekommen, eine Zunahme um 11 Filialen. Die Berichtsorten sind eingegangen von 749 Filialen; 81 Filialen mit 13 051 Mitgliedern haben diesmal nicht berichtet. Ohne eine Anzahl Sammler geht es nun mal nicht — sie sollen das Sipperlein haben!

Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder am 1. März 1921		Zunahme	Zahl der Arbeitslosen		
		männlich	weiblich				
1	Augsburg	4541	4090	884	4474	67	74
2	Berlin	54218	87508	16796	54298	80	1210
3	Bielefeld	3847	3278	477	3755	92	139
4	Brandenburg	5300	4198	924	5117	193	194
5	Bremen	7849	6615	618	7228	121	26
6	Breslau	17015	11888	5028	17016	1	1084
7	Ein-Bonn	11544	10242	1170	11412	192	82
8	Dortmund	4198	5127	1064	4191	7	4
9	Dresden	10744	8585	2008	10593	151	411
10	Düsseldorf	11813	8951	2301	11252	61	163
11	Erfurt	4018	8443	538	8981	87	127
12	Frankfurt a. M.	15985	13218	2910	16128	143	25
13	Frankfurt a. d. O.	4073	3396	590	3986	87	112
14	Halberstadt	8900	8279	518	8797	8	67
15	Halle	3284	2321	930	3257	27	84
16	Hamburg	24739	19481	5242	24693	46	582
17	Hannover	6591	5497	1149	6646	55	97
18	Karlsruhe	7911	6961	720	7681	230	169
19	Kassel	8703	3007	732	3739	36	26
20	Kiel	4304	3407	966	4433	120	134
21	Königsberg i. Pr.	11101	8762	2482	11244	143	211
22	Leipzig	6576	4904	1749	6853	77	156
23	Lübeck	4775	3702	1079	4781	6	281
24	Magdeburg	6586	5594	898	6492	74	813
25	Mainz	5227	4336	898	5233	6	83
26	Mannheim	10371	8896	1350	10246	125	78
27	München-Stadt	9039	6448	2583	8981	58	587
28	München	2097	1757	352	2109	12	16
	Bez. Deggendorf	1737	1518	150	1674	63	28
	Bez. Traunstein	1776	1699	122	1821	45	7
29	Mürnberg	8987	7719	997	8710	271	381
30	Stettin	6368	5055	1168	6223	135	149
31	Stuttgart	6719	5612	970	6582	137	82
32	Zwickau	7734	6325	1446	7771	87	809
	Einzelmitglieder	159	101	58	159	—	2
* Abnahme		297699	235039	61323	296362	1337	7443

Revolutionen lassen sich nicht aus dem Stegreif machen, wir erfahren dies heute nur zu sehr. Um eine Gesellschaft zu betreiben, um aus einer von langer Hand zur Knechtschaft erzeugten Menge eine intelligente, freie und gerechte Nation zu machen, dazu reichen politische Veränderungen nicht aus; sogar die Erziehung genügt nicht, dazu bedarf es einer Regeneration von Fleisch und Blut. Pierre Proudhon.

Ein Jahr Betriebsrätegesetz.

Im „Reichsarbeitsblatt“ vom 28. Februar veröffentlicht Regierungsrat Dr. Flato eine interessante Uebersicht, der wir den folgenden entnehmen:

Am 4. Februar war es ein Jahr her, daß nach monatelangen, äußerst schwierigen Verhandlungen das Betriebsrätegesetz, das erste große sozialpolitische Gesetz der Republik, von der Nationalversammlung verabschiedet wurde und alsbald in Kraft trat. Eine große Zahl Anfragen zur Auslegung des Betriebsrätegesetzes sind in dieser Zeit an das Reichsarbeitsministerium gelangt, die es im Interesse einer den Absichten des Gesetzes entsprechenden Durchführung — wenn auch regelmäßig unter Hinweis auf das freie Entscheidungsrecht der nach dem Gesetz im Streitfalle zuständigen Stelle — beantwortet hat.

Die Streitfragen aus dem Betriebsrätegesetz haben nicht nur das Reichsarbeitsministerium, sondern auch in hohem Maße die örtlichen Schlichtungsausschüsse und die sonst nach dem Gesetz (§§ 94, 94, 103) in Streitigkeiten zuständigen Stellen, darunter den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, beschäftigt (der nach §§ 94, 103 BRG in Verbindung mit der Ausführungsverordnung vom 24. Februar 1920, Reichsgesetzbl. S. 147, für das Riesenheer der Arbeiter des Reichs und der der Reichsaufsicht unterliegenden Unternehmungen zuständig ist), in letzter Zeit in steigendem Umfang auch die Gerichte (im Anschluß an Streitigkeiten wegen Lohnabzugs, wegen Zahlung der Entschädigung aus § 87 und wegen Kündigung von Betriebsratsmitgliedern).

Die zurzeit vorhandenen vier Sammlungen von Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse, nämlich:

- a) das Mitteilungsblatt des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin Berlin N. 4, Schlegelstr. 2,
- b) die Mitteilungen der Schlichtungsausschüsse in Württemberg, Stuttgart, Königsstr. 18,
- c) das Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse in der Provinz Schleswig-Holstein „Der Schlichtungsausschuß“,
- d) das Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks, Düsseldorf, Zollstr. 15,

enthalten denn auch regelmäßig eine größere Anzahl von Entscheidungen zum Betriebsrätegesetz. Weitere Spruchpraxis findet man in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, wie in den Blättern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Die an das Betriebsrätegesetz anknüpfenden Rechtsfragen erschöpfen sich keineswegs mit den durch das Gesetz selbst entstandenen Auslegungsschwierigkeiten, sondern umfassen nahezu das gesamte Arbeitsrecht. Vor allem zeigt sich auf Schritt und Tritt der innere Zusammenhang mit den übrigen gesetzlich noch nicht oder nur unvollkommen geregelten kollektivrechtlichen Bestandteilen unserer Arbeitsverfassung, dem Recht des Tarifvertrages, der Arbeitsordnung, der Berufsvereine und dem Schlichtungswesen. Aber auch Sozialversicherung, Arbeiterschutz, Schwerbeschädigtenfürsorge, allgemeine Kriegsteilnehmerversorgung spielen in das Betriebsrätegesetz hinein. Ueber das Gebiet des Arbeitsrechts hinaus führen die Fragen des Beamtenrechts (§ 10 Abs. 2 Ziffer 1, § 13 BRG.), des Finanzrechts (Steuerabzug für die Entschädigung aus § 87 BRG.), des Völkerrechts (Geltung des Gesetzes für deutsche Arbeitnehmer der fremden Exterritorialen, Anwendung des Gesetzes auf Deutsche und nicht deutsche Arbeitnehmer deutscher Unternehmungen im Ausland).

Neue Zusammenhänge werden sich auf handelsrechtlichem Gebiete durch die demnächst die gesetzgebenden Körperschaften beschließenden Ausführungsgesetze zu §§ 70 und 72 BRG. (Bilanzgesetz, Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat) ergeben.

In steigendem Maße hat die Gesetzgebung der letzten 12 Monate die Betriebsvertretungen als Organe für die Erfüllung sozial- und wirtschaftspolitischer Aufgaben herangezogen (vgl. Reichsarbeitsverfassungsgesetz § 89, Verordnung über Betriebsabbrüche und -stilllegungen vom 8. November 1920 § 3, Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920, Artikel I § 45a Abs. 3), nachdem die Betriebsvertretungen bereits durch § 104 VIII BRG die den bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen aus anderen Gesetzen zustehenden Funktionen zugewiesen erhalten hatten.

Die weitere Gesetzgebung wird den Betriebsvertretungen ausschließlich noch neue Betätigungsfelder verschaffen.

Haben wir im vorhergehenden nur die Zusammenhänge des Betriebsrätegesetzes mit der Rechtsordnung gestreift, so kann eine rückblickende Betrachtung nicht an den mit großer Energie von den Gewerkschaften, besonders den freien Gewerkschaften, in Angriff genommenen territorialen und sachlichen Zusammenfassungen der Betriebsräte vorübergehen, die die ohnehin in den Gewerkschaften

auch hier vorzugsweise in den freien Gewerkschaften — vor-

Schließlich sei gelegentlich dieses Jahresrückblicks auf die Inter-

1. Die Organisation der Betriebsvertretungen.

Unter den Fragen, die in der Zeit der ersten Betriebsräte-

Im modernen Großbetrieb führt eine ununterbrochene Stufen-

Das Reichsarbeitsministerium hat auf Anfragen als das

Bei der Scheidung der Arbeiter von den Angestellten war zur

Der Ausschluß der Beamtenanwärter (neben den Beamten) von

Das Merkmal der Berufs- und Gewerbeangehörigkeit als Wähl-

Ob es richtig war, keine Befreiung vom Wählbarkeitserfordernis

Naturwissenschaftliche Entwicklungsgedanken und Weltanschauungsfragen.

(Schluß.) VI. [Nachdruck verboten.]

Von Johannes Gut.

Die meisten Menschen urteilen und handeln stets nach Zwecken.

Erdbeben, glühender Sonnenbrand, verheerende Stürme, giftige

Die Natur handelt nicht nach Zwecken; jedes Einzelmesen, gleich-

Wenn einst die Menschen durch reifes Nachdenken und diesseitiges

Dann werden die Nationen sich nicht mehr hassen und betriegen

Dazu bedarf es aber, daß die Apostel der Wissenschaft, voll

Wir werden zwar die glücklichen Zeiten nicht mehr erleben, denn

mit Rose den Horeb besteigen und geistigen Auges das selige Land

Der englische Philosoph Hobbes, geb. 1588, lehrt: „Am Natur-

Dieser Zustand ist aber für die Selbsterhaltung eines jeden nach-

So entsteht der Staat, und erst in ihm gibt es Recht und Unrecht.“

Woher wir den Blick auch wenden im unermesslichen All, überall

Nur der so friedlich scheinenden Pflanzenwelt, die durch die

So fendet die Biuche, der Tiger unserer Wälder, ihre Wurzel-

In der Tierwelt herrscht der Krieg aller gegen alle. Sind doch

Nur der Mensch, der Gipfel auf der Stufenleiter der Wesen, hat

Jetzt wird jeder Mensch in einem geschichtlich gewordenen Staats-

Jeder denkende Mensch weiß, daß Laten der Rohheit und Gewalt

Dies führt zu einer weiteren praktisch sehr wichtigen, in Theorie und Praxis bereits verschiednen beantworteten Frage, ob nämlich die Wahlen nach dem Betriebsrätegesetz nur durch Anfechtung innerhalb der vierzehntägigen Anfechtungsfrist oder auch noch später und sogar von Amts wegen aufgehoben werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Frist- aber wohl insoweit einschränken müssen, daß man annehmen muß, daß das ursprüngliche Fehlen von Wählbarkeitsvoraussetzungen, deren nachträglicher Verlust den Amtsverlust nach sich ziehen würde, wohl auch nachträglich, nach Ablauf der Anfechtungsfrist erfolgreich von den Beteiligten — nicht von Amts wegen — geltend gemacht werden kann; wenn z. B. der Verlust der Reichsangehörigkeit oder der Arbeitnehmer-eigenschaft (durch Anstellung als Beamter) den Verlust der Mitgliedschaft im Betriebsrat nach sich zieht, muß man den Mangel der Reichsangehörigkeit oder der Arbeitnehmereigenschaft, wenn er schon ursprünglich bestand, auch nachträglich geltend machen können. Mangel des Alters, der Berufs- und Gewerbe-eigenschaft dagegen, also Eigenschaften, die derjenige, der sie einmal besitzt, nicht mehr verlieren kann, werden m. E. auch durch Fristablauf geheilt. Eine Kontrolle der Wahl von Amts wegen ist jedenfalls gesetzlich unzulässig.

Im Gegensatz zu diesen auf den persönlichen Verhältnissen beruhenden Grundlagen der Betriebsvertretungen stehen die sachlichen Voraussetzungen, der „Betrieb“ und die Sonderbestimmungen für „Seeschifffahrt und Binnenschifffahrt“, „Land- und Forstwirtschaft“, „Betrieb“, „Nebenbetrieb“, „Bestandteil“ sind wichtige Begriffe des Gesetzes von keineswegs nur theoretischer Bedeutung. Für eine Stadtoverwaltung z. B. ist es von größtem Interesse, ob sie 250 oder 25 Betriebsräte hat, ob die einzelnen Gasinspektionen oder nur das gesamte Gaswerk eine Betriebsvertretung aufweist; für die Arbeitnehmerschaft ist es sehr wichtig, ob die Verkaufsstelle I. der A.G.B. nur einen Obmann hat, der die Rechte aus § 84 nicht ausüben kann (§ 92) oder ob sämtliche Verkaufsstellen als ein Betrieb zu gelten haben, dessen Angestelltenrat das Mitbestimmungsrecht ausübt. Diese Beispiele lassen sich vermehren. Sie zeigen zugleich die Schwierigkeit einer brauchbaren begrifflichen Feststellung des „Betriebes“.

Das Reichsarbeitsministerium hat bei dem Versuche, den Begriff des Betriebes zu bestimmen, stets auf die räumliche Zusammenfassung

Zustände nur verschlimmern können, denn sie wirken wie der reisende Strom, der die schützenden Dämme durchbricht, die Häuser der Menschen zerstört, die Felder verwüstet und den Fleiß von Jahrzehnten vernichtet.

Er weiß, daß nur durch Verbreitung von Bildung, Moral und Einte eine bessere Zukunft erblühen kann. Langsam und stetig, wie die Atmosphäre, wie der rinnende Wassertropfen Stäubchen um Stäubchen ablösen vom Gestein, und doch die fruchtbare Erde erzeugt haben, muß die Menschheit einer besseren Zukunft entgegenwallen.

Nichts zu wissen ist keine Schande, sagt ein alter Weiser, aber nichts wissen wollen, ist denkender Wesen unwürdig. Wenn einst die Sonne der Wissenschaft die großen Massen erleuchtet, dann wird eine neue Morgenröte den Völkern aufgehen. Dann werden nur Männer zu Volksvertretern gewählt werden, die weder persönliche noch Standesinteressen auf ihr Banner geschrieben haben, sondern solche, in deren Herzen glühende Liebe zu allen Menschen lodert, und es werden Gesetze gegeben werden, die das Glück aller Menschen begründen und die Unerfälllichen in gebührende Schranken zurückweisen.

Wenn die Menschen sich allein von der Vernunft leiten lassen und nicht, wie das fast immer geschieht, von ihren Trieben und Leidenschaften, und wenn sie die göttliche Offenbarung, welche die Natur mit diamantnem Griffel in die Zellen unseres Gehirns geschrieben hat, die wir Vernunft nennen, und die nicht gefälscht werden kann, höher schätzen als die Offenbarungen von Papier und Tinte, die im Laufe der Jahrtausende von Menschenhand vielfach verändert sein können, würden Kriege und Verbrechen der Vergangenheit angehören.

Wir vergessen so oft, daß die Verfasser der biblischen Schriften zwar tiefe Denker und große Dichter waren, aber von der sie umgebenden Welt nur sehr geringe Kenntnisse besaßen.

Sind doch die naturwissenschaftlichen Schriften des griechischen Philosophen Aristoteles, der mehr als 300 Jahre vor Christi lebte, bis in das sechzehnte Jahrhundert hinein fast die einzige Quelle der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse gewesen.

Haben doch z. B. die Verfasser des alten Testaments und ihre sämtlichen Zeugen noch geglaubt, daß das Herz der Sitz aller menschlichen Geistestätigkeiten sei, während wir heute die einzelnen Stellen des Gehirns kennen, worin unsere Sinnes- und Denktätigkeiten verankert sind.

Gewicht gelegt, also z. B. die Hauptverwaltung und die Zechen eines Bergwerksunternehmens als verschiedene Betriebe bezeichnet, ebenso die verschiedenen räumlich getrennten Warenhäuser derselben Firma an einem Ort, die dem gleichen Unternehmer gehörige Maschinenfabrik einerseits, das Stahl- und Walzwerk andererseits.

In diesem Zusammenhang sei noch der Wahlenthaltung gedacht. Das Reichsarbeitsministerium hat hierzu den Standpunkt vertreten, daß bei Wahlenthaltung eine Betriebsvertretung eben nicht vorhanden sei, da die von der Berufung handelnden Bestimmungen des Regierungsentwurfs der Wahlordnung im Ausschuß der Nationalversammlung seiner Zeit gestrichen worden seien; man ging hierbei von dem Gedanken aus, daß, so wenig wir eine politische Wahl- oder Berufung zu öffentlich-rechtlichen Vertretungen kennen, es auch hier keine Zwangsvertretung wider den Willen der Wahlberechtigten geben dürfe; doch genüge, da die einmalige Wahlenthaltung nicht auf unbestimmte Zeit fortwirken könne, ein Antrag von drei Arbeitnehmern, d. i. die zur Einreichung eines Wahlvorschlages erforderliche Zahl, um den Arbeitgeber zur Bestellung eines neuen Wahlvorstandes zu verpflichten.

II. Geschäftsführung.

Die Bestimmungen über die Geschäftsführung der Betriebsvertretungen (§ 26 ff. BRG.) haben, wie man rückblickend sagen kann, zu vielen recht unerfreulichen Streitigkeiten geführt. Gerade diese Bestimmungen sind fast ausnahmslos Kompromissen der feineren Regierungsparteien erwachsen und daher in noch höherem Maße als dies schon der Natur der Sache entspricht, verschiedener Auslegung fähig. Eine Fülle von Kraft, Zeit und Material wird heute von Arbeitgebern und Betriebsvertretungen, von Schlichtungsausschüssen und Gewerbeinspektionen mit der Entscheidung solcher Streitigkeiten verbraucht, z. B. ob die Sitzung des Betriebsrats in der Arbeitszeit notwendig war, so daß darin kein unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit liegt und kein Lohnabzug stattfinden darf, welche Geschäftsführungsbedürfnisse zur Verfügung zu stellen sind, ob die Kostentragung der Kosten für eine Wahlzeit und in welcher Höhe notwendig ist, ob und wieviel Mitglieder der Betriebsvertretung von der Arbeit freizustellen sind usw. Nun läßt sich zweifellos diese gesamte Materie gesetzlich nicht eindeutig regeln; die Arbeiten der Betriebsvertretung sind nicht nur nach der Größe des Betriebes sehr verschieden, sondern hängen auch von zahlreichen anderen Umständen ab, z. B. der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft, dem Loh-

Paul Flechsig hat nachgewiesen, daß sich die vier Gebiete der zentralen Sinnesorgane in der grauen Rindenzone des Gehirns befinden.

Die Schloßsphäre im Hinterhauptlappen, die Hörsphäre im Schläfenlappen, die Nuchosphäre im Stirnlappen und die Körpergefühlshöhle im Scheitellappen.

Zwischen diesen vier Sinnesherden liegen vier Denkerbe, welche das Denken und das Bewußtsein vermitteln.

Wenn ein Teil des Gehirns durch Krankheit zerstört wird, verliert auch die Funktion, welche dieser Teil des Gehirns vorstand, in dem Maße durch Zerstörung des Hinterhauptlappens unbedingt Verbindung eintreten.

Unser Denorgan ist also das Gehirn, und was ist Denken anderes als jene spezielle Erscheinungsform der Kraft, welche wir Geistesströmen nennen, die es uns ermöglicht, das mit den Sinnen Wahrgenommene in Denkformen umzuwandeln.

Die Denker idealphilosophischer Richtung behaupten: Es kann nichts in den Verstand hineinkommen, was nicht wenigstens vor- gebildet in demselben enthalten sei.

Die Philosophen empirischer und materialistischer Richtung logten dagegen: Es ist nichts im Verstande, was nicht vorher in den Sinnen war.

Wie verschiedene Tierarten erst mit der Geschlechtsreife Hörn- Schmutzfedern und dergleichen erwerben, so kommen auch dem Menschen die Anschauungs- und Denkformen zum Bewußtsein, wenn er eine gewisse geistige Reife erlangt hat. Säuglinge und Widoten wissen nichts davon.

Der Mensch hat diese Schätze im Laufe der vielen Millionen Jahre der Entwicklung, von einseitigen Protisten bis zum gebildeten Kulturmenschen, durch Vererbung und Anpassung ebenso erworben wie Atmung und Verdauung.

Eine andere Möglichkeit ist nicht denkbar, denn es gab ja schon viele Millionen Jahre unzählige Tierarten, bevor es einen Menschen gab. — Im Jahre 1784 schrieb noch Herder in seinem berühmten Werte: „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“: „Die Strahlen der Sonne sind's, die allen Geschöpfen das Leben geben und nähren; mit innerer Wärme ist alles geschwängert, auch der Mensch und das kalte Eisen hat solche in sich.“ Sehr begrifflich! Das Schicksalgesetz harpte zur Zeit Herders noch seiner Entbeder.

chen eines
net, eben
den Firma
Maschinen
ng gebacht
vertreten,
nicht vor
nungen des
National
ing hierab
Wahrschein
en, es auch
berichtigte
tung nicht
drei Arbe
erforderliche
Vorstande

sthem (einfache Berechnungen oder komplizierte Lohnformen), der ge
werkschaftlichen Schulung der Arbeitnehmer, der Entfernung der
Wohnung vom Beschäftigungsort (als Ursache von Störungen im
Einkauf an die Arbeitszeit ohne häusliches Mittagessen); die Inan
spruchnahme der Betriebsvertretungen ist ferner abhängig von der
Konjunktur (Zeiten der Arbeitslosigkeit mit vielen Entlassungen und
entsprechenden Entlassungsfreistellungen oder günstiger Arbeitsmarkt);
sie wächst in Zeiten der Eingruppierung in Tarifverträge usw.

Immerhin scheint mir, als wenn diese Fragen künftig in den
Bereich der Abmachungen der Arbeitgeber- und -nehmerverbände
gezogen werden sollten und im Streitfall besser von örtlichen und
zuständig berufslichen paritätischen Instanzen entschieden würden, als
wie heute — vom Gewerbeinspektor oder vom geschlichten Schlicht
ungsausschuß, oder künftig vom Bezirkswirtschaftsrat.

Ein besonderer Streit betrifft die Beschaffung von Räumen für
Betriebsvertretungen. Eine gleiche Streitigkeit schwebt zurzeit
vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Aus der Reichsdruderei.

Wer Briefmarken kauft und dafür mit Papiergeld zahlt, wer
um seine Zigaretten- oder Tobakpäckchen die bekannten Steuer
banderolen geklebt findet oder wer sich sein Steuermarkenbuch zur
Einsicht und Kontrolle vorlegen läßt, der wird gewiß schon einmal
die Vielfarbigkeit, die Feinheit und Eigenart der Linien und Zeich
nungen und die Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit all dieser Ver
eitelte bewundert und aufmerksam betrachtet haben. Im allge
meinen hat sich gewiß schon jeder die Frage vorgelegt, wie und wo
werden all diese Erzeugnisse hergestellt, deren Bedarf doch ein so
außerordentlich großer ist.

Eine beachtenswerte und recht erfreuliche Antwort auf diese
Frage bringt die Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbundes in der Märznummer in einem sehr inter
essanten Artikel von F. Helmberger: „Die Reichs
druderei“. Dieses für jedes Staatswesen so unbedingt not
wendige Institut wird mit seiner Betriebseinteilung und mit seinen
herausragenden Leistungen so eingehend geschildert, daß diese Arbeit
es wirklich verdient, weiten Kreisen bekanntgegeben zu werden. In
kurzen Umrissen soll darum an dieser Stelle wenigstens das Haupt
sächlichste herausgezogen und wiedergegeben werden.

Die erste Staatsdruderei schuf sich Frankreich im 17. Jahr
hundert, ihm folgten im 18. Jahrhundert Rußland, die Türkei und
Portugal, und im 19. Jahrhundert, im Jahre 1882, auch Preußen.
Die Zahl der Beschäftigten betrug 21 Personen, die aber bald einer
Vermehrung bedurften, und schon im Jahre 1878 war der Personal
bestand auf 670 Beschäftigte gestiegen. Im Jahre 1879 wurde dann
diese preußische Staatsdruderei mit der Dederischen Buchdruderei,
die auch schon für den Staatsbedarf arbeitete, vereinigt und ging
unter dem Namen „Reichsdruderei“ in den Besitz des Deutschen
Reiches über. Aus ihr entwickelte sich im Laufe der Zeit eine be
deutende Pflanzstätte der graphischen Kunst, in der neben dem Buch
und Kupferdruck auch die Lithographie und Steindruck mit allen
wesensverwandten Techniken die gebührende Beachtung und Ver
wertung finden. Alle Staatsaufträge werden hier in gewissenhafter
Weise erfüllt und unter bestimmten Bedingungen auch Aufträge
privater Besteller ausgeführt. Kunst und Wissenschaft erfahren durch
diese Anstalt weitgehende und bedeutende Förderung. Künstlerische
und wissenschaftliche Werke werden hier hergestellt, selbst unter Ver
wendung fremdsprachlicher Schriftzeichen. Zu dem Bestande gehören
die Schriftzeichen von etwa fünfzig der verschiedensten Sprachen,
darunter Aethiopisch, Arabisch, Armenisch, Georgisch, Koptisch, Syrisch,
Estrangelo, Persisch, Ssabäisch, Sanskrit, Siamesisch, Tibetisch,
Uigurisch, Zend, Runen, Keilschrift, Hieroglyphen, Japanisch und
Chinesisch.

Der gesamte Betrieb der mit seiner Verwaltung durch eine Di
rektoren dem Reichspostminister unterstellt ist, wird in sechs Abtei
lungen gegliedert, von denen Abteilung I den Gelddruck, Abtei
lung II den gewöhnlichen Buchdruck und Buchbinderei, Abtei
lung III den Marken- und Steuerzeichendruck ausführen. Ab
teilung IV pflegt die Herstellung der Urplatten und den Kunstdruck;
Granitabteilung, Schriftgießerei und Galvanoplastik bilden Betriebs
abteilung V, während die Maschinenabteilung mit den ihr unter
stellten Kraftanlagen und Reparaturwerkstätten als Abteilung VI
bezeichnet ist. Einzelne kleinere Verwaltungseinheiten und Neben
betriebe sind entweder der Direktion direkt unterstellt oder je nach
Erfordernis den einzelnen Abteilungen zugewiesen.

Der Personalbestand betrug Ende Oktober 1920 9771 Personen.
Diese bedeutende Vermehrung hatte besonders in den großen An
forderungen der letzten Jahre ihre natürlichen Ursachen, zum Teil
jedoch auch in den durch die Demobilisationsverordnung außer

Betriebsvere
sagen kann
berade diese
einerzeitigen
n Nähe als
Auslegung
p heute von
Sauschüssen
Streitigkeiten
Arbeitszeite
bleiben ob
welche Ge
ob die Ge
e notwendig
in der Arbeit
ese gekam
er Betriebs
er sehr we
n Umständen
dem Lohn

Gebiete der
Betrins der
im Schlaf
rgefühlsph
herde, weic
ört wird, es
vorstand, B
t Erbfindung
enken andere
r Geistesfest
hrogenommen
en: Es kann
nigstens von
Richtung legen
n den Sinnen
sreihe Hörn
uch dem Kop
lein, wenn es
Abolaten w
len Millionen
um gebildet
enso erworbe
s gab ja sch
inen Menschen
ein berühmte
schheit“: „Nach
as Leben geht
auch der Jäh
cht! Das Sch
eder.

Die Forderung aller Kulturreligionen gipfelt in demselben
Grundsatz, den unsere Vernunft uns vorschreibt. Was verlangt dein
Gott von dir? Du sollst den Ewigen, deinen Gott lieben von ganzem
Herzen, und deinen Nächsten wie dich selbst.

Die Liebe zu Gott ist aber nichts anderes und kann nichts an
dres sein als der amor dei intellectualis Spinozas.

Das ist die innige Liebe zu dem geheimnisvollen und unbegreif
lichen, schlechthin ewig und unendlich Selenden, das in und um uns
lebt und webt. Es ist das Gefühl unserer Abhängigkeit vom Un
vernum. Es ist das Bestreben, die „ewigen, ehernen, großen Gesetze“
zu erkennen und zu begreifen, nach denen wir alle, nach Goethes
Worten, „unseres Dafseins Kreise vollenden müssen“.

Alles andere sind nur Formen und Jeremien der zahlreichen
Religionen und Sekten, von denen jede einzelne behauptet, im
alleinigen Besitz der Wahrheit zu sein.

Eine Wahrheit aber kann es nur geben.

Spinoza schrieb an Albert Burgh: „Ich bilde mir nicht ein, die
beste Philosophie erfunden zu haben, aber ich weiß, daß ich die wahre
kenne, denn die Wahrheit zeigt zugleich sich und das Falsche an.“

Eiderheit wäre leicht zu erlangen, wenn alle Menschen den
Geboten ihrer Vernunft folgten und ihren Nächsten liebten wie sich
selbst.

Zufriedenheit und Glückseligkeit noch viel leichter, wenn wir in
Demut und Bescheidenheit die Blumen und Blüten pflücken, die an
unserem Lebenswege erblühen, und klar erkennen und begreifen,
daß ein glückliches Menschenleben ein solches ist, welches zahlreiche
angenehme und möglichst wenig unangenehme Empfindungen
aufweist.

Wodurch diese Empfindungen hervorgerufen werden: Ob wir
uns an einfachen Speisen und Getränken erquicken, ob wir uns er
freuen an dem Anblick des leuchtenden Sternenhimmels, der Farben
pracht der Blumen und Blüten; oder ob wir einen großen Aufwand
dazu nötig haben: Das ist vollkommen gleichgültig.

Und das ist auch die Ansicht Spinozas, wie seine Ausführungen
im vierten Teil seiner Ethik beweißen:

„Wahrlich, nur düsterer und trübseltiger Aberglauben verbietet,
sich zu ergötzen. Denn weshalb ziemt es sich mehr, Hunger und
Durst zu stillen, als den Unmut zu vertreiben. Meine Ansicht und
meine Gesinnung ist diese: Kein göttliches Wesen und niemand als

ein Menschlicher freut sich über mein Unvermögen und meinen
Schaden, oder rechnet uns Tränen, Schlägen, Furcht und anderes
der Art, was Zeichen eines unvermögenden Geistes ist, als Tu
genden an.

Sondern umgekehrt, mit je größerer Lust wir affiziert werden,
zu desto größerer Vollkommenheit gehen wir über, d. h. um so
mehr nehmen wir Teil an der göttlichen Natur.

Der Weise genießt daher die Dinge und ergötzt sich an ihnen
so viel als möglich (nicht zwar bis zum Uebel, denn das heißt nicht
sich ergötzen). Der Weise, sage ich, erquickt und erfrischt sich an
mäßiger und angenehmer Speise und Trank, sowie an Geruch und
Liedlichkeit gründer Pflanzen, an Kleider Schmuck, Musik, Kampfs
spielen, Theater und anderen dergleichen Dingen, welche ein jeder
ohne irgendeines anderen Schaden genießen kann.“

Selbst der erbitterteste Gegner der Philosophie Spinozas, der
Philosoph Friedrich Heinrich Jacobi, der, ähnlich den Neu
Platonikern des Altertums, in der geistigen Ertase, in dem geistigen
Laumel die Gottheit zu schauen, zu empfinden wählte, konnte nicht
umhin auszuruhen: „Sei mir gesegnet, großer, ja heiliger Benediktus;
wie du auch über die Natur des höchsten Wesens philosophieren
und in Worten dich verirren mochtest — seine Wahrheit war in
deiner Seele und seine Liebe war dein Leben.“ So, Benedikt de
Spinoza, du gleichst den herrlichen Bäumen des Südens, an deren
Wipfeln und Zweigen „der Herbst und der Frühling sich gatten“. Du
gleichst einem Baume mit Tausenden von Blüten und Früchten.
Der Wind legt sich in die Blüten und treibt den Fruchttaub weit
umher, unzählige andere Blüten damit befruchtend, und so streut
du, wie Schiller sich so schön ausdrückt, unzählige Saaten ewiger
Bildungen aus.

Wenn einst das Ideal des wahren Menschentums, des echten
Rationalismus, Wirklichkeit werden sollte, wo es jedem Menschen
genügt, ein Mensch zu helfen. Wo Rationalität, Religion und Stand
nicht mehr die Menschen trennen, sondern ein harmonisches Band
echter, wahrer Bruderliebe die ganze Menschheit umschlingt, wo jeder
Mensch gleich geachtet und geschätzt wird, wenn er treu und ehrlich
seine Pflicht erfüllt, dann wird das goldene Zeitalter des ewigen
Friedens andbrechen, von dem die Dichter aller Zeiten singen und
tragen.

legten Pflichten. Allgemein am interessantesten sind wohl die Abteilungen I, II und III. Die Abteilung I, dieser in der Zeitgelt allerwichtigste Zweig der Reichsdruckerei, befaßt sich mit der Herstellung des Papiergeldes, der Banknoten, und ehe ein solches bedrucktes Stückchen Papier seinen mitunter recht geringen Wert erhält, in dem es seinem Zweck als Zahlungsmittel zugeführt wird, wandert es durch unzählige Hände. Etwa 4000 Personen bündelweise Geschlechts werden hier beschäftigt, um allen Anforderungen, und diese sind schließlich nicht gering, zu genügen. Mängel in Druck und Farbe, die Richtigkeit der Nummer, der Reihenfolge, des Beschnitts und der Verpackung werden hier geprüft; genaue Kontrolle und Buchungsarbeiten erfordern viel Zeit und Personal.

Nicht weniger wichtig ist die zweite Abteilung. Hier werden die Gesetzesvorlagen des Reichstags, das Reichsgesetzblatt, die Preussische Gesetzesammlung und manche anderen behördlichen Schriften hergestellt. Auch das Reichskursbuch, das Postspekulationsverzeichnis und das Berliner Fernsprechnetzverzeichnis haben hier ihren Entstehungsort. Etwa 400 Schriftsetzer, von denen ein großer Teil besondere sprachwissenschaftliche Bildung besitzt, sind in dieser Abteilung beschäftigt. Viele Werke der Wissenschaft und Kultur werden in den oben schon angeführten fremdsprachlichen Sprachen in diesem Teil der Reichsdruckerei hergestellt. Die modernsten Schreibmaschinen und Druckpressen sind hier in Betrieb, und eine eigene Veranbaltungsstelle erledigt im täglichen Durchschnitt etwa 800 Sendungen.

40 Millionen Briefmarken wurden in den letzten Monaten der vergangenen Jahres als tägliche Arbeitsleistung in der dritten Abteilung hergestellt, eine Zahl, die um so größer erscheint, wenn man sie mit den 16 Millionen Stück einer Tagesleistung im Frieden vergleicht. Die mehrfach gestiegenen Portofrühe und die Kleingeldverfälschungsfrage haben zum großen Teil diese Anforderungen verursacht. Aber auch alle anderen Postwertzeichen, Stempel- und Steuermarken und Banderolen werden in dieser Abteilung von rund 2000 Beschäftigten angefertigt. Als Nebenbetriebe gehören ihr noch die Farbenfabrikation, die Wappengießerei und die Gummierei an. Letztere verbraucht im vorigen Geschäftsjahr rund 200 000 Kilogramm Klebstoff, während in den anderen Werkstätten 145 000 Kilogramm Druckfarbe und 14 500 Stück Druckwalzen hergestellt wurden.

Alle übrigen Abteilungen und Nebenbetriebe, wie die Chalkographische Abteilung, die Gravierenanstalt, die Schriftgießerei und Maschinenabteilung sind unbedingt notwendige Bestandteile der Reichsdruckerei, wenn allen gestellten Anforderungen Rechnung getragen werden soll. Und dementsprechend sind sie auch wiederum mit allen Errungenschaften der Technik ausgerüstet. Ein umfangreiches Papierlager ist ebenfalls vorhanden, beträgt doch der tägliche Bedarf an Druck-, Wertzeichen- und Banknotenpapier 40 000 bis 50 000 Kilo. Kleinere Abteilungen, wie die Materialverwaltung, Wertzeichen-, Druckfaden-, Schriften-, Bau- und Hausverwaltung, bilden dann noch die erforderlichen Ergänzungen der Reichsdruckerei zu einem Druckereigrößbetrieb.

Und hier hinein hat, wie auch in fast allen staatlichen Betrieben die Novemberrevolution die gewerkschaftliche Organisation geführt. Der militärische Geist, die knechtische Unterordnung hatten einstmalig hier ihre Heimstätte. Der Novembersturm hat sie hinausgeweht. Die gewerkschaftlich und politisch geschulte und freidenkende Arbeiterschaft hat dann mit Hilfe ihrer Führer dafür gesorgt, daß der Betrieb ungestört und ohne jeglichen Verlust weitergeführt werden konnte, ohne jedoch auf die Rechte zu verzichten, die auch in Privatbetrieben gefordert wurden. Auch unsere Organisation hat Einlaß gefunden. Etwa 1300 bis 1400 Handwerker, Wächter, Boten, Bureauhilfsarbeiter und Arbeiterinnen haben sich dem Verband der Gemeindegewerkschaften, Filiale Groß-Berlin, angeschlossen. Zwei Drittel dieser Organisierten sind männlichen und ein Drittel weiblichen Geschlechts. Bei allen Verhandlungen über den für diesen Betrieb abgeschlossenen Haustarif werden Vertreter unserer Organisation hinzugezogen und wirken zum Nutzen der gesamten Belegschaft.

War es anfangs der im November 1918 gewählte Arbeiterrat, der die Betriebsinteressen der Arbeiterschaft wahrnahm, so wurde durch das Betriebsrätegesetz eine endgültige Regelung in dieser Frage geschaffen. Und Betriebsrat und Arbeiterschaft, gemeinsam mit allen Angestellten und Beamten sehen ihr Möglichstes darin, diesen wichtigen und bedeutend wertvollen Staatsbetrieb zu einem muster-gültigen zu machen und zu erhalten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Beschlüsse der Pariser Konferenz.

Die hohen wirtschaftlich unverständlichen Forderungen der Ententestaaten gegenüber dem „besiegten“ Deutschland, verschärft durch die Londoner Sanktionen, beherrschen lebhaft und mit Recht den Gedankenkreis der Arbeiterschaft. Bei allen Erörterungen dieser Forderungen und ihren Folgen und Wirkungen auf die wirtschaftliche Weltlage im allgemeinen und die Lage Deutschlands im besonderen ist es nicht unwichtig, darauf zu hören, was die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft dazu zu sagen haben. Daß sich auch die Arbeiter und ihre Organisationen aller Länder der Welt damit beschäftigen, ist eigentlich selbstverständlich. Erfreulich ist aber besonders, daß sich gerade die französischen Gewerkschaften an die Seite der von wahrer Sklaverei bedrohten deutschen Arbeiter stellen, um sie gegen die Willkür ihrer eigenen und der anderen Ententeeregierungen zu schützen.

Zunächst aber haben die deutschen Arbeiter selbst ihre Verteidigung übernommen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der sich als die bedeutendste Vertretung der deutschen Arbeiter legitimieren kann und auch insbesondere berufen ist, ein Urteil abzugeben, hat sich denn auch mit den Pariser Beschlüssen beschäftigt und diesen ein absolutes Nein entgegengesetzt. In einem Schreiben „An die Regierungen und Völker der Ententeänder“ legt er die Beweggründe zu diesem „Nein“ klar und deutlich dar. Gegenwärtig wir uns noch einmal die hauptsächlichsten finanziellen Forderungen der „Sieger“.

1. Zahlung von 42 Jahresraten, beginnend mit 2 Milliarden Goldmark, steigend nach je 2 Jahren auf 6 Milliarden Goldmark. Die Gesamtsumme dieser festen Jahreszahlungen soll 226 Milliarden Goldmark betragen.

2. Erhebung einer 12prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr für dieselbe Zeitdauer.

Solche Forderungen stellen, heißt die Verhältnisse des deutschen Wirtschaftslebens und die Lage der deutschen Arbeiterschaft völlig verkennen. Demgegenüber steht nun der A.D.G.B., die wirklichen Tatsachen der deutschen Wirtschaftslage auseinander, die schon jetzt außerordentlich ungünstig durch die Abtrennung und Besetzung wirtschaftlich wichtiger und bedeutungsvoller Industriegebiete Deutschlands beeinflusst wird. Dazu kommt, daß durch die fünfjährige Blockade die gesamte deutsche Arbeiterklasse völlig unterernährt und darum auch nicht leistungsfähig genug ist, um die zur Erfüllung der Forderungen notwendig gesteigerte Güterproduktion und Arbeitsleistung vorzubringen zu können. Daß keineswegs der gute Wille fehlt, den durch den Krieg angerichteten Schäden wieder gutzumachen, hat die deutsche Arbeiterschaft dadurch bewiesen, daß sie jederzeit bereit war, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen und dazu die bekannte Stockholmer Konferenz veranlaßt hat; ferner, daß sie gewillt ist, zu ihrem Teil das Menschenmögliche an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beizutragen. Beides aber ist durch die Ententeregierungen vereitelt durch Verweigerung der Pässe für die Vertreter der französischen und englischen Arbeiter und weil die französische Regierung auf das Angebot der Mitarbeit am Wiederaufbau nicht reagiert hat. Die heute noch immer in Deutschland tätigen internationalen Hilfsunternehmen, die Hunderttausende infolge der Kriegswirkungen unterernährte Kinder vor dem völligen Verfall, vor lebenslanglichem Siechtum und Verkümmern bewahren wollen, beweisen schließlich schon die augenblickliche Unmöglichkeit der Steigerung der Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter. Bedeutend beweiskräftiger ist noch das Resultat einer Umfrage des A.D.G.B. im Monat Dezember 1920, die sich über 30 Industrieorte der verschiedensten Größe und in allen Teilen des Reichs erstreckte. Sie war lediglich darauf gerichtet, die Wahrheit über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu ermitteln und ergab, daß bei den 2 300 053 Arbeitern und Arbeiterinnen, einschließlich einer kleinen Anzahl von Angestellten, die durchschnittliche Lohnsteigerung das Achtsfache beträgt. Dagegen zeigt ein Vergleich mit der Steigerung der Kosten des notwendigen Lebensunterhalts, daß diese seit dem Jahre 1914 auf das Fünffache angezogen sind. Die Entlohnung der deutschen Arbeiterschaft müßte also doppelt so hoch sein, wenn auch nur das bescheidenste Maß der Lebenshaltung ermöglicht werden sollte. Dieses Bild der wirtschaftlichen Lage ist aber nicht vollständig, wenn man die große Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt. Sind doch von den in dieser Statistik erfaßten 2 1/2 Millionen Arbeitern über eine halbe Million ganz oder teilweise arbeitslos. Und so wie in diesen 30 Industrieorten liegt es allenthalben in den deutschen Städten. Die ungeheure Arbeitslosigkeit und Verdienstbeschränkung trägt naturgemäß dazu bei, die Unterernährung des deutschen Volkes immer mehr zu verschärfen. Die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit

**sbund
enz.**

ngen der
verschärft
mit Recht
gen dieser
wirtschafts-
s im be-
gewert-
zu sagen
nen aller
erständlich,
ischen Ge-
hen deut-
gen und

Betriebs-
schaftsband,
iter legit-
abzugeben,
und diesen
"An die
weggründe
n wir uns
ngen der

Milliarden
Goldmark.
26 Milliar-

deutschen

s deutschen
schaft völlig
wirklichen
schon jetzt
sicherung wir-
deutschlands
e Blodade
und darum
g der For-
beitsleistung
e fehlt, den
en, hat die
bereit war,
ie bekannte
wilt ist, zu
der gesetz-
nteregierun-
retreter der
sische Regie-
enlassen und
unbedingt not-
wendigen Ar-
beitern durch
Soldaten aus-
geführt werden
müssen. Hier-
an läßt sich
nichts ändern,
solange dem
Reichswehr-
ministerium
die Mittel zur
Entlohnung
von Zivilkräf-
ten fehlen. Das
Reichswehr-
ministerium
sieht daher
von Verhand-
lungen in der
Angelegen-
heit ab."

liegen, wie die Umfrage weiterhin ergeben hat, im Rohlenmangel, Rohstoffmangel und in der Absatzstodung der Fertigfabrikate, mußten wir doch große wirtschaftlich wichtige Gebiete abtreten, so die Kohlengruben in Lothringen und im Saargebiet, und auch von der Kohlenproduktion Oberschlesiens erhält Deutschland nur einen erheb- lich gefürzten Anteil. Zudem müssen wir noch monatlich 2 Millionen Tonnen der besten Qualitäts-ohlen an die Entente abliefern. Aus allen diesen Ursachen heraus sagt der A.D.G.B. in seinem Schreiben:

„Die deutsche Arbeiterschaft muß die Pariser Propositionen ablehnen, weil sie es mit ihrer Auffassung nicht vereinbaren kann, ihnen gegenüber auch nur durch Stillschweigen den Eindruck zu erwecken, daß sie erfüllbar wären. Und sie muß sie ferner ablehnen, weil sie ihrer tiefsten Ueberzeugung nach gleichbedeutend sind mit der Einführung der Sklavenarbeit in Deutschland. Die deutsche Arbeiterschaft lehnt die Zumutung, die ihr durch die Pariser Beschlüsse gemacht wird, aber auch um deswillen ab, weil sie überzeugt ist, daß die Erfüllung der von der Entente erhobenen Forderungen unbedingt dazu führen müßte, auch die Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern auf das schwerste und nachhaltigste zu gefährden und zu erschüttern.“

Die deutsche Arbeiterschaft ist sich vollkommen bewußt, daß sie in den nächsten Jahrzehnten hart und schwer arbeiten muß. Aber sie verlangt, daß auch ihr gegenüber Gerechtigkeit obwalten muß. Die Pariser Beratungen und auch die Londoner Konferenz lassen aber diesen Geist der Gerechtigkeit gänzlich vermissen.

Die deutsche Arbeiterschaft wehrt sich mit allen Kräften gegen den deutschen Kapitalismus und will sich darum auch nicht vom Kapital der Entente oder vom gesamten internationalen Kapitalis- mus in Zwangsarbeit nehmen lassen.

Wir sind auch heute noch bereit, am Wiederaufbau alles Zer- störten mitzuarbeiten und mitzuhelfen. Dieser Wille wird aber nicht gefördert durch ein verständnisloses Diktat der augenblicklichen Macht- haber, sondern durch gegenseitige Verständigung, bei der der Geist der Menschlichkeit und Vernunft gilt. Hierbei mitzuwirken ist eine der dringendsten und größten Aufgaben der internationalen Arbeiter- schaft und ihrer wirtschaftlichen Organisationen. Wir hoffen und wünschen, daß sie diese Aufgabe im Interesse der gesamten Mensch- heit erfüllen werden.

Staatsarbeiter

Entlassungen von Kammerarbeitern, Küchen- und anderem Per- sonal im Bereiche der Reichswehr. Verschiedene Mitteilungen an den Verbandsvorstand, wonach trotz der hohen Arbeitslosenziffern Ent- lassungen erfolgen und dafür Arbeiten von Soldaten ausgeführt werden, veranlaßten uns, sich beschwerdeführend an das Reichswehr- ministerium zu wenden und Verhandlungen in der Angelegenheit zu fordern. Auf diese Beschwerde ist folgende Antwort eingegangen:

„Im Bereiche der Reichswehr können Vertragsangestellte und Arbeiter nur nach Wahgabe der hierfür von der gesetzgebenden Körperschaft durch den Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel beschäftigt werden. Diese Mittel sind so beschränkt, daß Zivilkräfte entlassen und unbedingt notwendige Arbeiten, wie z. B. in den Küchenbetrieben durch Soldaten ausgeführt werden müssen. Hier- an läßt sich nichts ändern, solange dem Reichswehrministerium die Mittel zur Entlohnung von Zivilkräften fehlen. Das Reichs- wehrministerium sieht daher von Verhandlungen in der Angelegen- heit ab.“

Läßt die Antwort einerseits eine gewisse Verärgerung der spar- samen gesetzgebenden Körperschaft wegen erkennen, so scheint sie andererseits die Auffassung mancher zur Entlassung gekommener Kol- legen begründen zu wollen, daß die Reichswehr an Zahl immer noch zu hoch sei.

Landstraßenwärter

Kreis Galbe i. S. In der Vierteljahresversammlung am 12. März wählten die Straßenwärter und -arbeiter des Kreises die Kollegen Priebe als Vorsitzenden, Landtschutz, Kollierer, und Rud- loff, Schriftführer, in den Stillvorstand. Die bisherigen Betriebs- ratsmitglieder wurden erneut vorgeschlagen. Kollege Schönfeld berichtete über die Lohnforderungen der Straßenwärter. Es wurde dazu eine Anregung gebracht, die berücksichtigt werden soll.

Kreis Syle. Die Landstraßenwärter des Kreises Syle e forderten zu ihren bestehenden Tagelöhnen von 16 Mk. 8 Pf. mehr und Kinder- zulagen für jedes Kind unter 16 Jahren pro Tag 1 Pf. Am 17. März wurde die Forderung in der Sitzung des Kreisratsbeschlusses verhandelt. Nach längerer, teils recht schwieriger Verhandlung erfolgte eine Ein- gung auf eine Zulage von 8 Pf. pro Tag. Die Kinderzulage wurde abgelehnt. Der Tagelohn beträgt somit 24 Pf. Die Zustimmung der Landstraßenwärter steht noch aus.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Die „Gewerkschaft“ veröffentlichte eine Warnung vor einem Betrüger, der, auf die Gutgläubigkeit der Kollegen vertrauend, sich Vermögensvorteile zu verschaffen suchte. Es wurde um Fest- nahme gebeten, was durch ein Mitglied unseres Verbandes geschah. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß nicht nur unsere Organisation durch diesen Walter Schwarz geschädigt worden ist, sondern auch die Organisationen der Landarbeiter und der Angestellten. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht erhielt er eine Strafe von 1 Mo- nat Gefängnis für Betrug und 14 Tage wegen Landstreifens.

Dessau. In der Mitgliederversammlung am 15. März gab Kollege Priebe Bericht über die Verhandlungen für das Krankenhau- spersonal. Die Gehälter der männlichen Kollegen sollten um 140 Pf., die der weiblichen um 30 Pf. pro Monat erhöht werden. Die Arbeitszeit soll auf 56 Stunden reduziert werden, gegen 70 und noch mehr Stunden vor Abschluß des Tarifvertrages. Diese Erfolge sollen ein Ansporn sein für alle Kollegen, da nur einer geschlossenen Organisation der Erfolg gebührt. Nach schwerem Ringen ist auch am 25. Februar eine Arbeitsordnung zustande gekommen. Dem Kollegen Priebe wurde für die Lohnbewegung als Mitglied der Lohnkom- mission volle Bewegungsfreiheit gegeben. Kollege Reinde gab bekannt, daß sich die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs nötig macht. Der Betriebsratsobmann gab den Jahresbericht. Eine Gegen- liste zur Betriebsratswahl ist nicht eingereicht und erübrigte sich somit die Wahl. Die vorgeschlagene Liste gilt als gewählt. Die Versamm- lungen finden jeden dritten Dienstag im Monat statt.

Frankfurt a. M. Ende des Jahres 1920 übermittelte die Orts- verwaltung dem Magistrat den Antrag, den Stundenlohn für die städtischen Arbeiter, die Arbeiter der Frankfurter Gasgesellschaft und der Neuen Theater-Aktiengesellschaft zu erhöhen. Demzufolge fanden zwei Verhandlungen mit dem Magistrat statt, von denen die erste Verhandlung ergebnislos endete. In der zweiten Verhandlung legte der Magistrat ein Angebot vor, wonach den Verheirateten für jedes Kind der Lohn um 10 Pf. pro Arbeitsstunde erhöht werden sollte. Dieses Angebot wurde von der Verhandlungskommission abgelehnt, was zur Folge hatte, daß der Magistrat nach längerer Sonderbe- ratung auch für die Ehefrau 10 Pf. Lohnerhöhung pro Arbeitsstunde zugestand. Diese winzigen Zugeständnisse wirkten nur erlindernd auf die Arbeiterschaft und machten ihr es zur Unmöglichkeit, das Ange- bot anzunehmen. Darum wurde der Schlichtungsausschuß ange- rufen, der einen Schiedsspruch fällte, der allen Beschäftigten ohne Ausnahme eine 5prozentige Lohnerhöhung brachte. Der Magistrat jedoch lehnte den Spruch mit 13 gegen 9 Stimmen ab und rief zur weiteren Entscheidung den Zentralschlichtungsausschuß in Berlin an. Die Berliner Instanz, unter dem Vorsitz des Regierungsrats Hil- lebrand vom Arbeitsministerium, brachte es nach zirta zwölfstündi- ger Verhandlung fertig, den Frankfurter Spruch aufzuheben und ließ nur die bereits im Verhandlungswege vom Magistrat zugestan- dene Familienzulage bestehen. Damit waren alle gültigen und auch die gesetzlichen Wege erschöpft, um einen höheren Lohn zu erhalten. Nunmehr hätte die Arbeiterschaft das letzte Mittel zur Anwendung bringen müssen, den Kampf, zu dem der Verbandsvorstand seine Ein- willigung gegeben hatte. Bevor aber die letzte und schärfste Waffe angewandt werden sollte, wurde nochmals der Versuch gemacht, mit dem Magistrat zu verhandeln, indem die Ortsverwaltung das Ge- werkschaftskartell als Vermittlungsinstanz anrief. Die vom Kartell beauftragten Vertreter bahnten sofort die Verhandlungen mit dem Magistrat an, und nach mehrmaligen, mehrere Stunden dauernden Zusammenkünften wurde erreicht, daß den Verheirateten 15 Pf. und den Ledigen über 20 Jahre 10 Pf. pro Arbeitsstunde als Lohn- aufbesserung zugestanden wurde. Am 16. März, in einer gut be- suchten Versammlung, nahmen die versammelten Kolleginnen und Kollegen das Angebot gegen wenige Stimmen an. Der Ausgang der Lohnbewegung kann die Arbeiterschaft nicht befriedigen, weil die Aufbesserung zu gering ist. Bei den Verhandlungen, sowie vor dem Schlichtungsausschuß berief der Magistrat sich auf den § 3, Ziffer 3 unseres Reichsmanteltarifes, ersten Satz, der lautet: Bei der Fest- setzung der Löhne ist der Wert der sozialen Einrichtungen § 8 bis 12 entsprechend zu berücksichtigen. Um diesen Abzug konzentrierte sich alles; sogar tabellarische Unterlagen sollten Zeugnis ablegen. Den Wert der sozialen Einrichtungen berechnet der Magistrat mit 22 bis 25 Proz. vom Lohn, aber anzurechnen sind, so schlußfolgerte er, nicht die 25 Proz., sondern nur 15 Proz., da auch in der Privatindustrie die Arbeiter Urlaub erhalten, die Wochenfeiertage bezahlt werden. Es gilt deshalb die Augen offen zu halten und bei den Versamm- lungen über Löhne, wenn die Zumutung gestellt wird, die sozialen Leistungen mit einem bestimmten Prozentsatz auf den Lohn anzu- rechnen, dieses Anfinnen mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Letzten Endes könnte es doch Kollegen geben, die bei Lohnverhandlungen eines kleinen Vorteiles wegen ein Stück der sozialen Einrichtungen nach dem anderen eintauschen.

Mayen. Die gutbesuchte Versammlung am 22. Februar fand im Beisein sämtlicher Arbeitervertreter des Stadtrats statt, die von uns eingeladen waren. Kollege Dötsche gab bekannt, daß die An-

erkenntnis des Tarifs zur Verhandlung steht. Gauleiter Heltz (Düsseldorf) gab eine genaue Aufklärung über den Inhalt des Tarifs. Bei der Abstimmung stimmten 25 Mitglieder dafür und 5 dagegen. Somit war der Tarif angenommen, der für uns ein guter Fortschritt ist.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

An den Reichstag und die Reichsregierung richteten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer, Töpfer, Maler, Polier, Asphaltreue, Glaser, technische Angestellten, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Sattler, Maschinenisten, Holzarbeiter, Steinarbeiter und der Verband sozialer Baubetriebe eine Entschädigung, in der es heißt: Vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich etwa 200 000 neue Wohnungen erstellt. Durch den Ausfall der Bautätigkeit während des Krieges und durch den auf ein Mindestmaß beschränkten Bau von Wohnungen nach dem Kriege, stellt sich heute der Fehlbetrag an Wohnungen auf über eine Million. Diese Zahlen nennen, heißt die Feststellung machen, daß eine Million wohnungsloser Familien, Hunderttausende von baugewerblichen Kopf- und Handarbeitern und die vom Baugewerbe abhängige Industrie in ihrer Existenz schwer erschüttert sind. Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit lähmen und jermürben seit Jahr und Tag die wertvollen Kräfte des deutschen Volkes. Wenn wir heute vor einem völligen Zusammenbruch des Bau- und Wohnungswezens stehen, dann sollte die Reichsregierung nach mehr als zweijähriger Erfahrung einsehen, daß mit dem Einfluß kleiner Mittel eine das Familienleben wie die Arbeitskraft des deutschen Volkes gleich stark erschütternde vernichtende Wirtschaftskrise nicht bekämpft werden kann. Unter Hinweis auf unsere Entschädigung vom 1. Februar d. J. verlangen wir nochmals von der Reichsregierung die Einleitung wirksamer durchgreifender Maßnahmen. Den zurzeit im Wohnungsausschuß des Reichstages zur Beratung gestellten Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues können wir als durchgreifende Maßnahme zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der Obdachlosigkeit nicht anerkennen. Die Mittel, die durch dieses Gesetz flüssig gemacht werden sollen, würden nicht einmal dazu hinreichen, um den 20. Teil des Fehlbetrages an Wohnungen zu schaffen. Hinzu kommt, daß die Bedingungen, die die Reichsregierung bzw. der Reichsrat für die Herabgabe von Baukostenzuschüssen aufgestellt hat, den gemeinnützigen Wohnungsbau schlechthin unmöglich machen. Der für das Baujahr 1921 in Aussicht gestellte Baukostenzuschuß von 180 Mk. bis allerhöchstens 300 Mk. für einen Quadratmeter Wohnfläche kann in den Kreisen, die sich ernsthaft um die Behebung der Wohnungsnot bemühen, nur als eine Sabotage des gemeinnützigen Wohnungsbaues bemerkt werden, gegen die wir im Interesse der Obdachlosen und der Arbeitslosen den schärfsten Protest einlegen müssen. Unter Würdigung der vorliegenden Umstände halten wir es für verfehlt, die Beratungen über die Finanzierung der Bautätigkeit auf der Grundlage des Gesetzentwurfes des Reichsarbeitsministeriums weiter fortzusetzen und wir ersuchen die Reichsregierung, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Bau von mindestens 750 000 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung auf gemeinnütziger Grundlage in den nächsten 5 Baujahren sicherstellt. Die Durchführbarkeit eines derartigen Bauprogrammes halten wir für gegeben, wenn die durch die allgemeine Geldentwertung erzeugten höheren Gebäudewerte bis zu einer gewissen Grenze eine hypothetische Bindung zugunsten gemeinwirtschaftlich tätiger Wohnungsfürsorgeorgane erfahren und durch Ausgabe von Pfandbriefen für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden. Das arbeitende Volk würde es nicht verstehen, wenn die durch die Geldentwertung erzeugten Milliardenbeträge als arbeitsloses Einkommen eines Tages in die Tasche der Grundbesitzer fließen würden. Wir sind uns darüber im klaren, daß dieser Zustand, zumal bei der gegenwärtigen Fassung des Entwurfes für ein Reichsmietengesetz, unter allen Umständen eintreten würde, wenn nicht schleunigst Vorkehrungen getroffen werden, daß der Wertzuwachs eine gemeinwirtschaftliche Bindung erfährt. Wir ersuchen daher die Reichsregierung, mit einem Ausschuh der unterzeichneten Gewerkschaften umgehend in eine Beratung darüber einzutreten, wie unter Berücksichtigung der obigen Anregung einer umfassenden Behebung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe schleunigst entsprochen werden kann.

Arbeitsstimmung im Lithographenverband. Die immer stärker werdenden Ansprüche an die Finanzen des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe sowie die Feststellung, daß sich die Rücklagen fortwährend verringern, veranlassen den Verbandsvorstand und Verbandsbeirat, die Mitglieder über eine Erhöhung des Beitrages zu befragen. Beantwortet wurde, den Beitrag für männliche Mitglieder um wöchentlich 2 Mk. auf 5 Mk. zu erhöhen. Außer einer Erhöhung der Streitunterstützung war keinerlei Erhöhung irgendwelcher Unterstützungen als Gegenleistung in Aussicht gebracht worden. Die so ausgeprochenen und nach den Bestimmungen des Statuts nur in besonders dazu einberufenen Versammlungen mögliche Urabstimmung ist beendet. 5043 entschieden sich für die vorgeschlagene Erhöhung, 2077 Kollegen dagegen. Der erhöhte Beitrag gilt vom 3. April.

• Internationale Rundschau •

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen“.
Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung am 14. und 15. März folgende Entschädigung an: Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat. Ueberzeugt von der Berechtigung der Wiedergutmachungen sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiedergestaltung des wahren Friedens darstellt, erklärt er, daß diese Resultate nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können. Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht zugeben, daß Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, welche diese Probleme nicht zu lösen vermögen. Anstatt die Sache der Wiedergutmachungen zu fördern, verlängert die Aufbietung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln. Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vervielfältigen, die abzuwenden Pflicht der Arbeiter aller Länder ist. Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das Werk der kapitalistischen Diplomatie ist, die, nachdem sie den Krieg provoziert hat, nicht instand ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongress festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Uebereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu ausgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgelöscht werden. Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten. Er bestätigt, daß das Genfer Uebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Artions auf Grundlage zu dienen hat. Um die Durchführungsmodalitäten dieses Uebereinkommens festzusetzen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den betreffenden Ländern für den 31. März d. J. nach Amsterdam einberufen werden. In dem Bestreben, den völligen Frieden schnellstens wiederherzustellen, und angesichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien, schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedspruch — eine Uebereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die Wiedergutmachungen der Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine von letztgenanntem Lande aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können. Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfrieden nicht von einer militärischen Besetzungspolitik abhängig gemacht werden darf. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Verwirklichung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglichen und eine Bürgschaft bieten kann für den Frieden durch die Arbeit.

Die englische Arbeiterpartei über die Wiedergutmachungsfrage.
Das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses und die Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hatten am 17. Februar zu einem gemeinsamen Meeting ihre Mitglieder eingeladen. In Verbindung der Arbeitslosigkeit mit den an Deutschland gestellten Reparationsforderungen wurde beschlossen:

„Die Ursachen der industriellen Krise, die England derzeit durchzumachen hat, sind zum größten Teil in der auswärtigen Situation zu suchen. Ganz Europa ist durch den Krieg verarmt und ein Teil durch den Frieden ruiniert. Millionen unserer ehemaligen Arbeitnehmer sind zu arm, um unsere Erzeugnisse zu kaufen, und im Falle Rußlands hat eine vorläufige Politik dessen Glanz und Forderung noch verschärft. Die nunmehr festgestellten Wiedergutmachungsforderungen legen der deutschen Industrie einen Tribut auf, der die Konsumfähigkeit des deutschen Volkes hinsichtlich unserer Produkte noch mehr herabsetzen würde. Unsere Kaufkraft nach Deutschland, an den Vorkriegspreisen gemessen, betrug im letzten Jahre weniger als ein Viertel dessen, was wir in dem Jahre vor dem Kriegsausbruch nach Deutschland exportierten. Im letzten Jahre verlor England direkt nach Deutschland, russischen und österreich-ungarischen Höfen noch nicht ein Zehntel seines Exportes vom Jahre 1913. Diese Abnahme allein würde genügen, um grobenteils die derzeitige Arbeitslosigkeit zu erklären. Die allgemeine Verarmung, die unsere eigenen Arbeiter erleiden gemacht hat, indem sie unsere Kaufkraft ruinierte, bedeutet einen noch größeren Schaden als die unvermeidliche Verminderung durch den Krieg. Die Blockade gegen Rußland war ein Autarkieakt. Das Glanz, mit dem der Krieg begann, hat der Friedensvertrag, Paragraf um Par-

graph, vervollständigt. Oesterreich wurde zerstückelt, aber Paris hat sich nicht darum gekümmert, dafür zu sorgen, daß die auseinandergerissenen und von den großen Städten abgeschnittenen Teile miteinander Handel treiben können und den ehemals blühenden Industrien die frühere Kohlenlieferung zu sichern. Man hat Deutschland aufgefordert (und mit Recht) zu arbeiten, um den Schaden gutzumachen; aber der Vertrag, der ihm diese Verpflichtung auferlegte, nahm den Deutschen ihre Handelsflotte, braute sie um drei Viertel ihrer Eisenetze, verminderte ihre Kohlenvorräte und sperrte ihnen die Banken und Geschäfte, mittels deren Hilfe sie allein im Ausland Handel treiben können. Die Menschlichkeit wie das eigene Interesse veranlassen uns zu protestieren. Die Ziffern über die Hungersterblichkeit in Zentraluropa zeigen, daß es die Kinder sind, die in Fleisch und Blut bezahlen. Als Arbeiterbewegung fühlen wir uns verpflichtet, die Bedingungen der Schadengutmachung vom Standpunkt der Arbeiter zu betrachten, ebensosehr der Arbeiter der Länder, die sie erhalten, als jener, die sie bezahlen. Es kann einzig bezagt werden durch eine Ausfuhr von Produkten, die nach England kommen werden, ohne daß die Kohlenblaste hervorgezogen wird, einen entsprechenden Gegenwert an Gütern auszuführen. Das bedeutet eine weitere Störung unserer Industrie. Ferner: Wenn Deutschland zahlen soll, muß es 42 Jahre lang darauf verzichten, im Ausland anderes als das absolute Notwendige zu kaufen. Das bedeutet, daß wir unseren Markt nicht zurückerobern können und demnach Arbeitslosigkeit. Die Ueberwälzung des Weltmarktes mit Waren, die im Grunde genommen Gefangenenarbeit sind, werden unsere Arbeiter vor eine noch nicht dagewesene Konkurrenz stellen.

Wir glauben jedoch nicht, daß die Summe der Schadengutmachung, die in Paris festgesetzt wurde, gezahlt werden kann. Deutschland hat allerdings keinen Exportüberschuß, sondern im Gegenteil ein Defizit; noch unter den gegenwärtigen Bedingungen eine bestimmte Anzahl auf einen Ueberschuß vorhanden. Es ist undenkbar. Europa 42 Jahre lang in ein Notlager zu verwandeln, weil während dieser Zeit dieser unumgängliche Tribut erpreßt werden soll. Dagegen behaupten wir mit allem Nachdruck, daß mit einem solchen mehr Niemtszeit und wenn die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages einer Revision unterzogen werden, Deutschland den angelegten Schaden gutmachen könnte. In erster Linie muß die Schadenssumme, auf die Frankreich Anspruch hat, bezahlt werden, und wir würden es vorziehen, wenn, soweit dies das französische Gefühl und Interesse gestattet, dies durch deutsche Reparationsgeschäfte. Kein Anspruch Englands ist so dringend wie der Frankreichs.

Wir behaupten, daß die Rechnung der Schadengutmachungen mit Forderungen belastet wurde, die mit den Forderungen des Fortschrittsvertrages nicht im Einklang sind, was in Wirklichkeit den gerechten Forderungen Frankreichs Abbruch tut. Nur ein juristischer Kasuist könnte in dem Sinne: „Daß alle an der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum durch die Angriffe Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft bezugenen Schäden gutgemacht werden müssen“, eine Verpflichtung für Deutschland herausfinden, den Alliierten die für die Bezahlung der Pensionen und die Entschädigungen für die Familienangehörigen nötigen Summen zu bezahlen. Eine ehrlichere Auslegung der Bestimmungen, auf Grund deren Teufel land unterzeichnet hat, müßte zu einer bedeutenden Entschädigungssumme führen.

Der erste Schritt, der zu tun ist, muß sein, die ruinierte Industrie auf dem Festland wiederherzustellen und nicht von einer Seite Zahlungen zu fordern, sondern für einen wirksamen Güteraustausch Vorkehrungen zu treffen. Dies alles setzt jedoch eine gründliche Revision des wirtschaftlichen Teils aller Friedensverträge voraus und einen aufrichtigen Friedensschluß mit Ausland. In der Erwägung, daß unsere gegenwärtige Krise der Arbeitslosigkeit die direkte Folge einer selbstmörderischen Außenpolitik ist, verlangen wir nicht nur eine Revision der Reparationsforderungen, sondern eine vollständige Aenderung des Verhaltens der Alliierten auf der ganzen Linie gegenüber Zentraluropa und Ausland.

Rundschau

Des Proletariats Offern. Bereinzelt schenkt die Natur der Menschheit Persönlichkeiten von ganz besonderer Größe. Berühmterlich gibt sie ihnen Werte, Werte, die weit hinausragen über den Durchschnitt der Zeit, Werte, die eine ferne, werdende Zeit anerkennen lassen. Und der Größtsten einer von diesen war Jesus. So weit ragte er heraus aus seiner Zeit, daß ihn sein Volk nicht verstand, so weit, daß man ihn 2000 Jahre hindurch in seiner genialen Tiefe nicht erkannte. Und darum ist es nicht verwunderlich, wenn man diesen Großen mit einer überflüssigen Hülle umkleidet und wenn man — der Tod eines „Neffas“ war der Welt etwas Unschönes — von einer Auferstehung seines Leibes sprach. Paulus, der Heidenapostel, war es besonders, der diesen Tod dogmatisch behandelte und der damit das Christentum immer mehr abwandte von Christi reinen Lehre, die, darin ist sich die moderne Theologie einig, von einem derartigen Opfertode nichts wußte. Jesus sprach nur von Gott und Mensch, ohne Ritter, und immer wieder betonte er, daß es jedes einzelnen Menschen eigene Sache wäre, sich auseinanderzusetzen mit der Allmacht, dem Allwerden, ohne Erlösung und Opfertod. Jeder einzelne hat selbst die Pflicht, sich zu befreien, sich zu erlösen von den Ketten des materiellen

Lebens. Denn das war ja immer wieder Christi Lehre: eine neue Welt wird kommen, eine Welt des Geistes. Die Liebe wird einmal die Königin des Lebens sein. Nicht in einem Jenseits. Jesu Lehre war durchaus irdisch. Hier auf Erden sollte den Menschen das Glück werden. Der Begriff Entwicklung war Jesu natürlich noch unbekannt, und da seine große Seele abend fühlte, daß dieses Neue dennoch kommen müsse, so lehrte er die Revolutionierung der Welt durch Gott, der damals noch, so glaubte er, von bösen Mächten zurückgehalten wurde. Gott werde die Welt, diese irdische Welt, umgestalten und eine neue Welt der Liebe und der Freude und des Friedens bringen, das glaubte Jesus. Und Reich Gottes nannte er diese neue Welt. Es ist ganz in Jesu Sinne, wenn wir eine Revolutionierung der Welt erstreben, eine Umgestaltung des Lebens, eine Formung des Zusammenlebens, der wirtschaftlichen Voraussetzungen, daß Liebe einmal möglich sei. Und es ist ganz in Jesu Sinne, wenn wir uns in diesem Kampfe nicht verlassen auf andere Ertröserhilfe, sondern wenn wir uns nur verlassen auf unsere eigene Kraft. Durch uns nur kann das Neue kommen. Und es wird kommen. „Reißet den Tempel nieder und nach drei Tagen werde ich einen neuen errichten.“ Der Mensch jener Tage verstand das nicht. Reisset diesen äußerlichen Gottesdienst nieder und ein neuer, verinnerlichter wird werden. Bald. So fühlte seine sehnsüchtige Brust. Wir wissen, daß es so schnell nicht geht, aber wir wissen wie Jesus, daß dieses innerliche Menschentum kommen muß, und zwar durch eine Umgestaltung des Daseins, wie auch Jesus annahm. Und darum ist unser Kampf die größte christliche Tat der Weltgeschichte. Wir wollen den natürlichen Boden schaffen, auf dem wahres Christentum überhaupt erst gedeihen kann. Das aber verlangt von jedem von uns den herrlichen Jesusgeist. Er ist gestorben für seine Idee. Was ist es da Großes, wenn wir unser Leben unserem Ziele widmen? Aufgehen in unserer Gemeinschaftsidee! Wenn es sein muß, unter Opfern kämpfen! Das ist christlich. Und darum ist das Osterfest das Fest des Proletariats. Wir sind die Vollender seines genialen Abnens. Christ sein heißt, proletarischer Kämpfer sein. Dr. Gustav Hoffmann.

Warenverteilung an organisierte Arbeiter. Weil die eingeleitete Warenverteilung des A.D.G. noch nicht von allen Arbeitern genügend beachtet wurde, werden wir ersucht, erneut darauf hinzuweisen. Die Berliner Gewerkschaftskommission schreibt: Die Not der Arbeiter und Angestellten an Ober- und Unterbekleidung zu lindern und gleichzeitig euren Kollegen der Bekleidungsindustrie Arbeit zu schaffen, ohne daß die Unternehmer die üblichen Gewinne dabei erzielen, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Bekleidung und Wäsche aller Art unter seiner Kontrolle herstellen lassen. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat die Verjorgung der Arbeiterkassen und Angestellten Berlins in die Hand genommen. Die Waren gelangen zur Verteilung: Zimmerstr. 68, Seebastionsstraße 37/38, Engelauer 21 (Transportarbeiterverband), Charitstraße 3 (A.G. Konsumverein), Reichsdruckerei, Oranienstr. 91 (nur für Arbeiter des Betriebes), Chemische Industrie auf Arden 3, Schering, Müllerstr. 170/171 (nur für Arbeiter des Betriebes), Karlsruher-Waldsiedlung, Hegemeisterweg 54, Tempelhof, Richard Klingner (nur für Arbeiter des Betriebes), Brunnenstr. 185, Schneiderei-gewerkschaft.

Volkseinkommen und Wiedergutmachung. Dr. Ruzgnoff schreibt in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“: Wenn man heute zehn Deutsche fragt: „Warum können wir nicht jährlich 6 Milliarden Goldmark an die Entente zahlen?“, so antworten nehm: „Weil wir nicht für 6 Milliarden Goldmark mehr ausführen als einführen können.“ Gerade als ob die Hauptschwierigkeit in der Erzeugung oder dem Abfah dieser Ausfuhrmengen läge. Tatsächlich wäre uns aber wenig geholfen, wenn das Ausland erklären würde: „Wir liefern euch für 2 Milliarden Goldmark Erze, Baumwolle, Wolle und andere Rohstoffe, und ihr liefert uns für 8 Milliarden Goldmark Stahl, Textilwaren und andere Halb- und Ganzfabrikate.“ Denn die Hauptschwierigkeit bliebe bestehen: das Reich müßte den deutschen Fabrikanten die 8—2=6 Milliarden Goldmark bezahlen und könnte sich diese Beträge auf die Dauer nur durch Steuern beschaffen, die aus dem deutschen Volkseinkommen entrichtet werden müßten. Die Kernfrage lautet also nicht: „Können wir einen Ausfuhrüberschuß von 6 Milliarden Goldmark erzielen?“, sondern vielmehr: „Können wir aus unserem Volkseinkommen 6 Milliarden Goldmark für die Entente erübrigen?“ Diese Frage kann man aber nur beantworten, wenn man die Größe unseres Volkseinkommens kennt. Vor dem Kriege war die Einkommensgliederung im deutschen Volke etwa so: Von den Haushaltungsoorständen und Einzelverdienenden mit eigenem Einkommen hatten: a) 10 000 000 unter 1000 Mk., durchschnittlich 700 Mk., im ganzen 7 000 000 000 Mk.; b) 11 500 000 1000 bis 3000 Mk., durchschnittlich 1800 Mk., im ganzen 20 900 000 000 Mk.; c) 1 400 000 3000 bis 10 000 Mk., durchschnittlich 5000 Mk., im ganzen 7 000 000 000 Mk.; d) 250 000 10 000 bis 100 000 Mk.,

tionen".
nahm in
an: Der
bruch der
geschaffen
nachungen
steten Ge-
sichgewich
dens dar-
menwirten
st werden
es nicht
diese Pro-
Wiedergut-
licher Ge-
Reaktion
Haß unter
entweder zu
nur dazu
Pflicht der
chaftsbund
ondon das
den Krieg
n, und er-
ndlage der
vertschafts-
Ländern
verwüsten
materiellen
st werden.
rbewegung
dringende
gesprochen
t, daß das
deutschen
der durch
undlage zu
bererinkom-
wertschafts-
d. S. nach
en völli-
er einander
er Parteien,
eine unpar-
nen verfüh-
eine Ueber-
zumachen
Schuldner-
I eine von
siche die no-
Wiederzuk-
nnen. Der
striede nicht
acht werden
nen verzicht
usdruck ge-
der Wiederk-
ann für den
chungsfrage
des und der
u einem ge-
bindung der
rationsforde-
rzeit durch-
ituation zu
eiz durch den
ind zu arm,
hat eine dor-
st. Die neue
deutschen Ju-
utischen Volk-
Unsere Aus-
rug im letzten
ahre vor dem
ahre verstand
arischen Hölle
diese Wund-
losigkeit zu er-
eiter arbeitlos
rei einen weil
nd Krieg
nd Genb, mit
ph um Fort

Stimmen des Frühlings

Frühling großt seinen Sturmchoral.
 Zu wildem Sange sich die Wolken ballen:
 Ich breche in den Staub, was toll und saß.
 Was nicht mehr grünen kann, soll fallen.
 Es klagt auf meiner harten Spur
 Nur Wack und Moder, juchzend stürm ich weiter.
 Ich bin der junge Wegbereiter
 Der ewig bauenden Natur.

Frühling harzt in die Osterhelle
 Mit Tönen wundermild und weich:
 Es naht die erste goldne Schöpfungswelle
 Zu einem neuen, schönern Reich.
 Ich locke aufwärts Saft und Saat
 Und schmüde Acker, Wiese, Wald und Meer,
 Ich bin des Daseins heiterer Ruder
 Zu neuem Licht, zu neuer Tat.

Frühling klingt dir in Nacht und Traum
 Aus Windesfang und Vogelfeste:
 Ich rüttle aus dem Schlafe Busch und Baum;
 Ich rüttle auch an deiner Seele.
 Ich wälze fort des Todes Stein:
 Auf, sei des jungen Lebens Kampfvollstrecker!
 Ich bin der tröstenden Erwecker
 Aus finstrem Begrabensein.

Ein Frühling, Osters... Sonne, Wind
 Und Wolken sind mir treue Kampfgenossen,
 Daß aus der Erde grauem Labyrinth
 In bunter Blut die frohen Blüten sprossen.
 Mir fließen tausend Kräfte zu,
 Den ärmsten Keim mit Inbrunst zu erfüllen.
 Nimm, Mensch, mich auf in deinen Osterwillen,
 Und freudiger Schöpfer bist auch du. Ernst Preckanz.

durchschnittlich 22 500 M., im ganzen 5 625 000 000 M., c) 10 000 über 100 000 M., durchschnittlich 245 000 M., im ganzen 2 450 000 000 M., zusammen 40 475 000 000 M.

Das gesamte Volkseinkommen betrug rund 40 Milliarden Mark. Heute ist die Bevölkerung, namentlich infolge der Gebietsabtretungen, wesentlich geringer. Die Einkommen sind aber im allgemeinen (in Papiermark) erheblich höher als früher (in Goldmark). Man wird vielleicht annehmen dürfen, daß das Einkommen in Gruppe a (vor dem Kriege unter 1000 M.) heute zumeist unter 6000 M. und durchschnittlich 3000 M. betragen wird, in Gruppe b (vor dem Kriege 1000 bis 3000 M.) im allgemeinen 2000 bis 20 000 M. und durchschnittlich 8000 M., in Gruppe c (vor dem Kriege 3000 bis 10 000 M.) im allgemeinen 5000 bis 40 000 M. und durchschnittlich 15 000 M., in Gruppe d (vor dem Kriege 10 000 bis 100 000 M.) im allgemeinen 15 000 bis 200 000 M. und durchschnittlich 50 000 M., in Gruppe e (vor dem Kriege über 100 000 M.) über 150 000 M. und durchschnittlich 500 000 M. Von den heutigen Haushaltsvorschriften und Einzelsteuernden mit eigenem Einkommen würden danach etwa haben:

9 000 000 durchschnittlich 3000 M., im ganzen 27 000 000 000 M.;
 10 000 000 durchschnittlich 8000 M., im ganzen 80 000 000 000 M.;
 1 200 000 durchschnittlich 15 000 M., im ganzen 18 000 000 000 M.;
 220 000 durchschnittlich 50 000 M., im ganzen 11 000 000 000 M.;
 9000 durchschnittlich 500 000 M., im ganzen 4 500 000 000 M.,
 zusammen 140 500 000 000 M.

Das gesamte Volkseinkommen würde danach rund 140 Milliarden Mark betragen. Das ist 3/5 mal soviel wie vor dem Kriege und unter Berücksichtigung der Gebietsabtretungen usw. — 4 mal soviel auf den Kopf der Bevölkerung. Wenn die Entente — leider ohne damals förmlich Widerspruch zu finden — im September in Brüssel eine Zunahme auf das 6/5 fache angenommen hat, und wenn Julius Wolf im Oktober zu demselben Ergebnis gekommen ist wie die Sachverständigen der Entente, so ändert dies nichts an den Tatsachen, mit denen schließlich auch die Entente — in oder nach London — rechnen muß. Ob wir vor dem Kriege oder nach einem Friedensschluß im September 1914 bei einem Volkseinkommen von jährlich 40 Milliarden Goldmark in der Lage gewesen wären, auf dem Steuerwege jährlich 6 Milliarden Goldmark für die Entente aufzubringen, kann dahingestellt bleiben. Ich für meinen Teil möchte die Frage nicht ohne weiteres verneinen. Aber für uns ist jetzt nur von Bedeutung, was wir mit einem Volkseinkommen von 140 Milliarden Papiermark leisten können. 140 Milliarden Papiermark sind nun — wenn man 1 Dollar = 80 Papiermark ansieht — 10 Milliarden Goldmark. Von diesen 10 Milliarden Goldmark geht zunächst 1 Milliarde Goldmark für die Verzinsung der öffentlichen Schulden ab. (Eine Einstellung der Zinszahlung würde an der Gesamtlage nichts ändern, da alsdann das Volkseinkommen um 1 Milliarde geringer wäre.) Aus den verbleibenden 9 Milliarden 6 Milliarden in irgendeiner Form an die Entente abzugeben, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es ergibt sich also ohne weiteres, daß eine Forderung in der Größenordnung der Pariser Vorschläge von uns nie und nimmer befriedigt werden kann.

Der „Badische Gemeindevote“ und die Fata. Die Gründung der Fata ist dem Organ der badischen Gemeindebeamten offenbar fast auf die Nerven gefallen. Das beweist zunächst dessen

langer Bandwurm in seiner Nr. 3, in dem die Fata in Grund und Boden verdöhnt wurde. Daß der „Fata“ Gegner erwachsen würden, war von vornherein anzunehmen; das soll auch niemand verübelt werden, wenn er glaubt die Fata bekämpfen zu müssen. Verlangen darf man aber, daß der Kampf sachlich und mit ehrlichen Mitteln geführt wird. Darauf legt der „Badische Gemeindevote“ aber offenbar sein großes Gewicht; das beweist sein erneuter Heftartikel gegen die Fata. Obwohl in Nr. 3 erst gesagt wurde, für die badischen Beamten sei die Fata absolut keine Gefahr, tummelt der „Gemeindevote“ schon in Nr. 4 das Schlagwort, um seinen Lesern zu erzählen, die Fata sei weiter nichts als eine elende unsaubere Sache linksstehender Elemente. Als Beweis hierfür soll ein Versammlungsbericht des Berliner „Vorwärts“ dienen. Allzu große Denkfähigkeit scheint der Gemeindevote seinen Lesern nicht zuzutrauen, sonst würde er nicht diesen Bericht zitieren, der, wenn er mit Verstand gelesen wird, genau das Gegenteil von dem besagt, was der Gemeindevote seinen Lesern weismachen will. Der zitierte Vortrag hat mit der Fata gar nichts zu tun, denn die in Bericht geschilderte Wahl bezog sich auf unsere Berliner Ortsverwaltung. In diesem Bericht ist nun auch zu lesen, daß die Kommunisten von ihrem Recht als Mitglied unseres Verbandes Gebrauch gemacht haben, um auch ihre Leute in die Ortsverwaltung zu bringen. Es ist aber auch zu lesen, daß deren Liste bei der Wahl unterlegen ist. Der „Gemeindevote“ bringt es aber fertig, in seiner Fußnote zu obigem Vortrag einen Sieg der radikalen Partei zu konstatieren. Damit sei klipp und klar erwiesen, daß die geplante Organisationszersplitterung (wie die Fata in Nr. 3 behauptet wird) mit dem alten ehrlichen Begriff Freigewerkschaft aber auch rein gar nichts zu tun habe. Ein Kommentar zu solchem Unfug erübrigt sich, eine derartige Kampfesweise richtet sich mit der Zeit von selbst.

Briefkasten

Stärker, lange Reihe. Der Druckfehlerwusel hat uns in Nr. 3 unserer „Gewerkschaft“ einen bösen Streich gespielt. Es muß heißen in Spalte 197: Bezug von Ruheohn... 1. Volle „Dienstaufhebung“. In Spalte 205, dritte Zeile von unten: ein „Dreißigstel“.

Eingegangene Schriften und Bücher

Der Vertrag von Versailles. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert von Dr. Max Lohmann. Mit einer farbigen Landkarte und sechs geographisch-statistischen Tafeln. 3. Auflage. Verlag: Kulturliga G. m. b. H., Berlin W. 35. Preis 5 M. — Die statistischen Tafeln in Verbindung mit der neuen Karte Deutschlands verleihen diesem Werke den Charakter der Unentbehrlichkeit für alle, die den Verfasser Vertrag beurteilen wollen. Neben, die an diesen bisher erschienenen Textausgaben aufzulegen, sind hier ausgestellt und eine bessere Uebersicht geboten.

Unternehmer und Arbeitnehmer in der neuen Wirtschaft. Grundsatzwiedergabe eines Vortrages an der Universität Köln (Juni 1920). Von Anton Erkelenz, Dr. h. R. Verlag: „Hilff“ G. m. b. H., Berlin NW. 40. Preis 5 M.